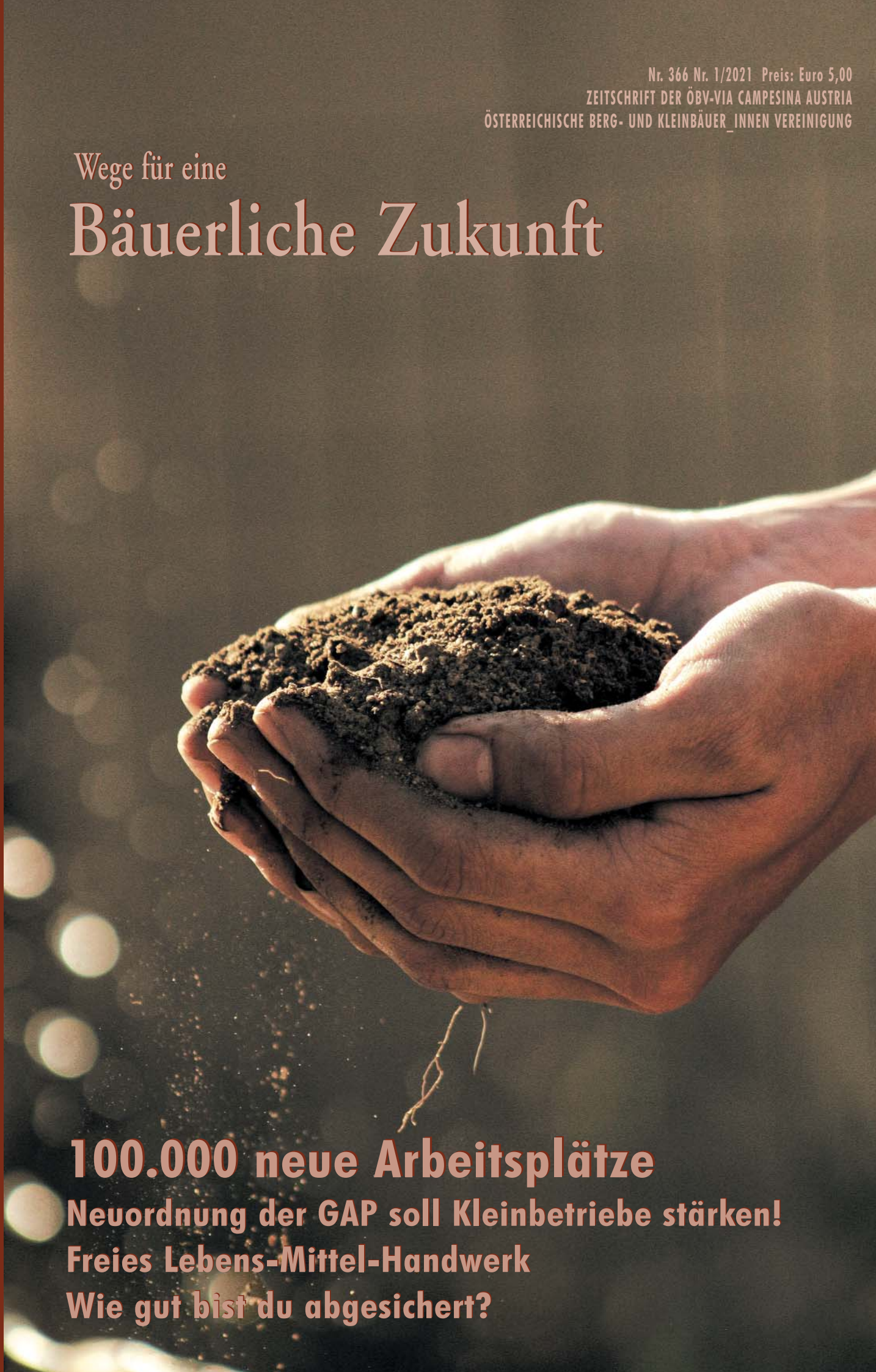
Nr. 366 Nr. 1/2021 Preis: Euro 5,00
ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA
ÖSTERREICHISCHE BERG- UND KLEINBÄUER_INNEN VEREINIGUNG

Wege für eine

Bäuerliche Zukunft



100.000 neue Arbeitsplätze

Neuordnung der GAP soll Kleinbetriebe stärken!

Freies Lebens-Mittel-Handwerk

Wie gut bist du abgesichert?

ÖBV
Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33
E-mail: office@viacampesina.at
Homepage: www.viacampesina.at
Redaktion: Monika Gruber, Franziskus Forster, Eva Schinnerl
Gestaltung & Layout: Eva Geber
Zeichnungen: MUCH Unterleitner
Titelfoto: Gabriel Jimenez, unsplash.com
Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großebersdorf
Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung) Enger Vorstand: Johann Kriechbaum (Obmann), Franziska Schrolmberger (Obmann-Stellvertreterin), Daniela Kohler, Christine Pichler-Brix, Michael Luftensteiner, Ludwig Rumetshofer. Erweiterter Vorstand: Matthäus Rest, Eva Schmid.
Geschäftsleitung: Julianna Fehlinger
Sekretariat: Clara Mazal
Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.
Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.
Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion und Dialog sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber*innen wieder.
Einzelpreis: Euro 5,–
Jahresabonnement: INLAND Euro 28,–
AUSLAND Euro 32,–
Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111, Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529 BIC GIBAATWW
ÖBV-Mitgliedsbeitrag:
Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern): Euro 38,– + 1/1000 des Einheitswertes.
Erweiterte Hofmitgliedschaft Euro 10,–
Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 38,–.
Der Mitgliedsbeitrag enthält das Abonnement für die BÄUERLICHE ZUKUNFT.
Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

ISSN 1019-5130
44. JAHRGANG (2021)

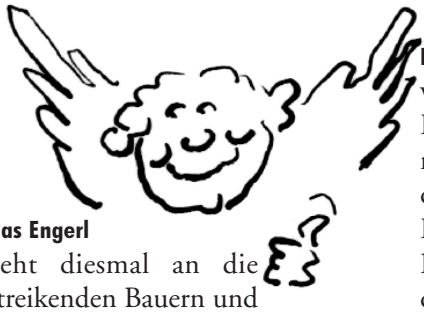
Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Foto: Biegun Wschodni, unsplash.com

„100.000 neue Arbeitsplätze für die Landwirtschaft“. Ein Thema, das viele Fragen aufwirft. Müsste sich da nicht alles ändern? Welche Arbeit? Unter welchen Bedingungen und wie können die Arbeitenden davon leben? Und und und. Wir laden ein, in diese Fragen einzutauchen und nicht aufzuhören, weitere zu stellen. Wir hoffen, auch diesmal wieder zu einer kritischen Diskussion über die „Bäuerliche Zukunft“ beizutragen. Denn eines ist jetzt schon klar: Kritische Geister wird es immer brauchen. Wir wünschen eine inspirierende und angeregte Lektüre!

Die nächste Nummer wird sich dem Schwerpunkt „Boden bereiten“ widmen. Redaktionsschluss 12. April 2021.
Die übernächste Nummer erscheint zum Schwerpunkt „Almromantik“,

Optimistische vorösterliche Grüße
Eva, Franziskus und Monika



Das Engerl
geht diesmal an die streikenden Bauern und Bäuerinnen in Indien. Das Engerl denkt global und sieht, dass es gleiche Ursachen für Probleme hier und dort gibt. Wenn diese angegangen werden, dann freut sich das Engerl jedesmal einen Haxn aus.

Das Teuferl
wird vor Freude ganz rot (wie die teuflischen Farben, in denen der Regenwald brennt), dass bei der GAP-Reform so wenig weitergeht und dafür weiterhin EU-Mercosur am Tisch ist. Es gibt viele Beharrungskräfte, das ist Entspannung pur. Der Pöbel da unten soll ruhig schreien, der wird schon nix auf die Reihe kriegen.
– Oder doch?

KOMMENTAR

VON FRANZISKUS FORSTER

KLEINBÄUERLICH STATT KLEINKARIERT!

„Die österreichische Landwirtschaft ist kleinstrukturiert.“ Im Verhältnis zu Ländern mit mehr Gunstlagen und großen Flächen wird das nie ganz falsch sein. Thema erledigt? Mitnichten. Diese Aussage hält seit Jahrzehnten zur Abwehr von Maßnahmen für die Verbesserung der Einkommen von kleinen und mittleren Höfen her. Und das muss sich endlich ändern.

Erstens: In Österreich gibt es 53% Bergbetriebe. Der Vergleich mit Großgunstlagen ist schlichtweg unzulässig. Zweitens: Die Agrarspitzen machen kleinkarierte Politik, zum Schaden der kleinstrukturierten und kleinbäuerlichen Landwirtschaft, zum Vorteil von einigen Wenigen, zum Nachteil der Mehrheit (in der Landwirtschaft und in der Gesellschaft). Im Duden steht zu „kleinkariert“: „kleinlich, engstirnig, ohne jede Großzügigkeit, spießbürgerlich“. National borniert müsste man noch dazufügen. Änderungsbedarf wird so vom Tisch gewischt. Die Adeligen und die Großbauern und -bäuerinnen können sich da die Hände reiben. Auch die Vollgas- und Unternehmerbetriebe hoffen mit ihnen auf (Export-)Belohnung. Die sozialen und ökologischen Kosten können auf die Gesellschaft ausgelagert werden, für die Kleinen fehlt dann halt das Geld. In dieser kleinkarierten Deckung können einige wenige gut wachsen. Doch es knirscht gewaltig in diesem Gebälk. Es lässt sich nicht mehr von der Hand weisen, dass das bisherige Modell tief in der Krise ist. Was also tun? Vorschlag: Heraustreten aus der Agrarpolitik, die kleinkariert aufs „Große“ schielt. Zwischen 1990 und 2016 gingen in Österreich 133.000 Erwerbsarbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren (= knapp 120.000 Höfe und ca. 14 Arbeitsplätze weniger pro Tag). Dabei ist da die ganze real geleistete unbezahlte (und damit Nicht-Erwerbs-) Arbeit gar nicht abgebildet. Wieviel wird selbst in dieser Statistik übergangen? Diese Frage können alle anhand ihrer eigenen Höfe (und Nachbar*innen) am besten beantworten.

Kleinbäuerliche Lösungen sind angesagt! Kooperation, bäuerliche Intelligenz, lebendige Netzwerke, Vielfalt und sinnvolle Arbeit für ein gutes Leben für alle. 100.000 neue Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und damit mehr statt weniger Höfe! Wir haben als ÖBV eine Petition zur doppelten Förderung der ersten 20 ha gestartet. Das braucht es ganz konkret und als ersten Schritt. Doch unsere ÖBV-Vision geht weiter: Arbeit statt Fläche fördern! Soziale Sicherheit für alle als Fundament! Das ist doch eine Orientierung für die Zukunft. Landwirtschaft ist lebensnotwendige Arbeit. Die Klima- und Biodiversitätskrise verlangt eine Gesellschaft, in der diese Arbeit gut geleistet werden kann. Das geht nur mit einer kleinbäuerlichen statt einer kleinkarierten Landwirtschaft. In den gesellschaftlichen Wandel können wir uns nur gemeinsam und mit vereinten Kräften einmischen. Erster Schritt: In dieser GAP-Reform die ersten 20 ha doppelt fördern!

Franziskus Forster ist Politischer Referent bei der ÖBV

INHALTSVERZEICHNIS

Anke Kähler
FREIES LEBENS-MITTEL-HANDWERK 4

Judith Moser-Hofstadler
KOMMUNIKATION IST ALLES 6

Armin Bernhard
ES GEHT AUCH ANDERS! 8

Eva Seebacher und Monika Thuswald
WIE GUT BIST DU ABGESICHERT? 10

Heinz Gstir
NEUORDNUNG DER GAP SOLL KLEINBETRIEBE STÄRKEN! 13

Thomas Dax, Ingrid Machold und Karin Schroll
AUFGABE DER BEWIRTSCHAFTUNG:
HOHES RISIKO IN BERGGEBIETEN 14

Susanne Kummer
FAIR UND SOZIAL VOR DER HAUSTÜR? 16

Matthäus Rest
"GEMMA DELHI" 18

Franz Rest, Gust Steyrl, Franz Rohrmoser, Ambros Pree
NACHRUF AUF HANS GAHLEITNER 20

Margit Fischer und Florian Jungreithmeier
NEUE HOFBÖRSE - NEUE MÖGLICHKEITEN 22

Daniela Kohler und Franziskus Forster
BÄUERLICHES VIELFALTSSAATGUT IN GEFAHR! 24

INTERNES 26

KURZ & BÜNDIG 27

ÖBV-*INFO I* 28

REZENSION 29

Monika Gruber
GLOSSE 30

KONTAKTADRESSEN/ABO-WERBUNG 31

ÖBV-*INFO II* 32

FREIES LEBENS-MITTEL-HANDWERK

Wer sind die Freien Bäcker*innen? Was braucht es für eine gute Zusammenarbeit zwischen kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Lebensmittelhandwerk? Und was muss sich ändern?

VON ANKE KÄHLER

Die Freien Bäcker – Zeit für Verantwortung e.V. wurde vor zehn Jahren (2011) als unabhängige Berufsorganisation handwerklich arbeitender Bäcker*innen und Konditor*innen gegründet. Zu den Beweggründen der Handwerker*innen aus Deutschland, Österreich, Norditalien und Polen sich gemeinsam zu engagieren gehört, dass wir Handwerk selbstbestimmt und sinnstiftend ausüben und weiter entwickeln wollen. Das beinhaltet auch, keine industriell produzierten Halbfertigprodukte oder komplexen Backmittel einzusetzen, deren Verwendung in den letzten Jahrzehnten dazu geführt hat, dass immer mehr Wissen und Know-How im Handwerk verloren ging. Nach unserem Verständnis von „Handwerk" dienen bei der Produktherstellung oder Reparatur Maschinen als Werkzeug zur Erleichterung der manuellen Tätigkeit und zur Unterstützung der Handfertigkeiten. Im originären Handwerk werden auf der Grundlage umfassenden Wissens und handwerklichen Könnens die Herstellungsprozesse an die Qualität der Rohstoffe angepasst, statt umgekehrt bei industrieller Fertigungsweise den Rohstoff an die Prozesstechnik anzupassen.

Das Bestreben, Handwerk in diesem Sinne zu erhalten und zu fördern, ist keine rückwärtsgewandte Nostalgie, sondern zukunftsweisend. Lebensmittelhersteller*innen, die in verantwortbaren Strukturen arbeiten, sind in der Lage, unbehandelte Rohstoffe aus regionaler, naturerhaltender, bäuerlicher Landwirtschaft zu verarbeiten und daraus Lebens-Mittel zur Versorgung von Stadtteilen und ländlichen Gemeinden herzustellen. Dies trägt zu einer verbesserten lokalen/regionalen Ernährungssicherheit und agrarökologischen (sozial und ökologisch gerechten) Umgestaltung des Agrar- und Ernährungssystems bei. Dabei stehen Bauern und Bäuerinnen, handwerkliche Lebensmittelhersteller*innen und Verbraucher*innen im Zentrum der Entscheidungen. Die Freien Bäcker*innen befassen sich nicht nur mit unmittelbar fachlichen Fragen zur Weiterentwicklung ihres handwerklichen Know-Hows sondern auch mit Themen wie „Saatgut" oder aktuell dem „Verlust bzw. Erhalt von Bodenfruchtbarkeit".

Was braucht es?

Damit (klein-)bäuerliche Landwirtschaft und Lebensmittelhandwerk gut zusammenarbeiten können, braucht es an erster Stelle fachliches Know-How über alle Stationen der Wertschöpfungskette. Um insbesondere in lokalen/regionalen Strukturen erfolgreich arbeiten zu können, ist es für alle Partner*innen ratsam, sich auch Wissen über die jeweiligen Bedingungen der anderen Stufen anzueignen. Etwa als Bäcker*in Wissen über die Bereiche Saatgut, die landwirtschaftliche Erzeugung der Rohstoffe die verarbeitet werden, sowie ihre Aufbereitungsstufe beispielsweise in der Mühle zu erlangen. Da in der Regel Rohstoffe wie Getreide, das von mehreren Höfen und verschiedenen Standorten stammt, nicht über die backtechnische Homogenität verfügt wie industriell hergestellte Mahlerzeugnisse muss dies zwingend in der Praxis berücksichtigt werden – insbesondere wenn die Bäckerei das Getreide selbst vermahlt.

Für (klein-)bäuerliche Betriebe ist die Bündelung von Rohstoffen, z.B. in einer regionalen Erzeuger*innengemeinschaft sinnvoll. Denn der Rohstoffbedarf geht in der Regel, um beim Beispiel der Handwerksbäckerei zu bleiben, über die jährliche Getreideernte eines (klein-)bäuerlichen Betriebes hinaus.

Um langfristige, verlässliche und partnerschaftliche Strukturen entstehen zu lassen, sind Offenheit und eine vertrauensvolle Kommunikation notwendig. Neben der Kommunikation nach innen ist die Kommunikation mit den Kund*innen von großer Bedeutung. Dabei geht es darum, Transparenz und Glaubwürdigkeit in Bezug auf den gesamten Prozess der Entstehung der angebotenen Lebensmittel herzustellen. Der Kreis der Verbraucher*innen, die beispielsweise daran interessiert sind zu erfahren, welche Getreidesorten in einem Brot stecken, wer das Getreide wie anbaut und in welcher Weise es zu Brot verarbeitet wird, wächst. Das gilt selbstverständ-

Foto: Freie Bäcker e.V.

lich für alle Produkte, ob für tierische oder für Obst und Gemüse.

Was muss sich ändern?

Was muss sich ändern, damit gute Arbeit rund um Lebensmittel möglich wird? Wo liegen aktuell die Probleme? Unserer Ansicht nach braucht der Markt Regeln – die sich grundlegend am Gemeinwohl, der Generationen- und Klimagerechtigkeit orientieren – sonst schafft er sich durch die systembedingten Konzentrationsprozesse – ob in der Landwirtschaft, der Lebensmittelherstellung oder im Handel – selber ab. Das genaue Gegenteil, überschaubare, demokratische, dezentrale Wirtschaftsstrukturen, bilden jedoch das Fundament für den Erhalt einer krisensicheren Nahversorgung und den Kampf gegen die Klimakrise. Die „Ökonomie der kurzen Wege" schont die Umwelt und das Klima und fördert die gerechte Verteilung von sinnstiftenden Erwerbsmöglichkeiten.

Deshalb gehört zu notwendigen Neuregelungen für die Schaffung „guter Arbeit rund um Lebensmittel" u.a. ein Bürokratieentlastungskonzept. Insbesondere für kleinste und kleine Betriebe in der Landwirtschaft und im Handwerk führt die nach wie vor wachsende Zahl an widersinnigen Standardisierungen und nicht risikoangepassten Regulierungen zu unverhältnismäßigen Belastungen, die zur Aufgabe von Höfen und Handwerksbetrieben beitragen. Die Verhängung eines Moratoriums für Kleinstbetriebe in der Landwirtschaft und im Handwerk und die Erarbeitung einer „Freistellungsklausel" im Hinblick auf alle Reglementierungen wäre ein Weg, um regionale Strukturen zu fördern. Ein risikoangepasster Mindeststandard an einzuhaltenden Regelungen ließe sich unter Beteiligung der betroffenen Berufsgruppen in Form einer praxisnahen Positivliste für eine Selbstverpflichtungsregelung herstellen. Generell sollten kleinere Betriebe in relevanten Entscheidungsgremien, bei Gesetzesverfahren sowie als Praxispartner an Forschungs- und Entwicklungsprojekten beteiligt und stärker berücksichtigt werden.

Während kleinere Betriebe die höchsten Personalaufwandsquoten aufweisen, erbringen grade sie eine Vielzahl an gesellschaftlichen Leistungen. Hohe Kosten für Sozialabgaben belasten die kleineren, personalintensiven Betriebe in besonderem Maße. Eine sozial-ökologische Steuerform, die dazu führt, dass Preise die ökologische und soziale Wahrheit sagen, dass Arbeit entlastet und Energie, Rohstoffe und Kapital belastet werden, ist in Anbetracht der gegenwärtigen Krisen längst überfällig.

Jahrzehntelange Konzentrationsprozesse haben inzwischen dazu geführt, dass in vielen Regionen wichtige Stufen in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse fehlen. Dazu zählen etwa Schlachthöfe, Molkereien, Anlagen zur Getreidereinigung und Entspelzung sowie Mühlen. Die Schaffung lokaler/regionaler Wertschöpfungsketten und damit regionaler Versorgungsstrukturen sollte durch entsprechende Förderungen, z.B. im Bereich der Entwicklung von Mittlerer Technologie, Infrastruktur, Wertschöpfungsketten übergreifender beruflicher Bildung und die Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen unterstützt werden. Die Öffnung und Bereitstellung von Verkaufsstellen in Markthallen oder auf Marktplätzen in Städten und Dörfern würde bäuerliche und handwerkliche Vermarkter*innen unterstützen, sofern sich die Mieten in einem angemessenen Rahmen bewegen und gegebenenfalls eine Entlastung durch ortsansässige Verkäufer*innen geregelt wird. Für Bäuerinnen und Bauern oder Handwerker*innen von Kleinstbetrieben ist es zeitlich meist nicht realisierbar auf dem Markt zu stehen, während ihr Know-How und ihre Arbeitskraft auf dem Hof oder im Handwerksbetrieb gefragt sind.

Die Freien Bäcker*innen sind offen für Hof- und Handwerksbäcker*innen sowie für Konditor*innen, die unsere Ideale teilen. „Frei" im Namen des Vereins sagt aus, da es uns um Unabhängigkeit in mehrfacher Hinsicht geht. Um die Freiheit von finanzieller Abhängigkeit des Vereins, von industriellen Inputs, Gentechnik oder Patenten auf Saatgut. Und es wird Zeit, Verantwortung zu übernehmen und sich dafür – wie bei unseren Produktionsprozessen – Zeit zu nehmen.

Anke Kähler ist Bäckermeisterin und Vorstandsvorsitzende des Vereins Die Freien Bäcker e.V.

Weitere Infos: https://www.die-freien-baecker.de/

KOMMUNIKATION IST ALLES

Wie Bäuerinnen und Bauern ein System verteidigen sollen, das sie zur Selbstausbeutung zwingt.

VON JUDITH MOSER-HOFSTADLER

Natürlich haben alle gesehen, dass es Hendln in Käfigen nicht gut geht. Trotzdem war Käfighaltung jahrzehntelang üblich. Die Bäuerinnen und Bauern haben sozusagen die Augen zugemacht, wenn sie durch den Stall gegangen sind und sich selbst eingeredet, dass die Tiere ja nichts anderes kennen würden und deshalb nicht leiden. So ähnlich hat das Toni Hubmann vor Jahren in einer Fernsehdiskussion beschrieben (der Gründer von Toni's Freilandeier). Und dieser Gedanke ist leicht nachvollziehbar.

Auch auf unserem Hof hat es Stiere auf Vollspalten gegeben, bis wir auf „Bio" umgestellt haben. Der Vergleich, wieviel besser sich die Kalbinnen gefühlt haben, die im benachbarten Stall auf dem Stroh herumgehüpft sind, war augenscheinlich. Wir haben die Mauer durchbrochen, inzwischen leben Kalbinnen und Ochsen mit Betonspalten vor dem Futter und ausreichend Liegefläche auf Stroh. Aber ob das wirklich so wirtschaftlich ist?

Wirtschaftlichkeit gegen Tierwohl?

Derzeit wollen uns unsere Interessenvertreter*innen eher einreden, dass das ein Widerspruch sein muss. Ein paar Beispiele möchte ich aufzeigen:

Der oberösterreichische Agrarlandesrat Max Hiegelsberger hat eine Pressekonferenz gegeben. „Ethik für die Landwirtschaft – Selbstverständnis und gesellschaftliche Erwartungen", so der vielversprechende Titel[1]. Unterstützt wurde er von Christian Dürnberger vom Messerli Forschungsinstitut, Veterinäruniversität Wien. Die wichtigste Botschaft: Die Kommunikation zwischen Bäuer*innen und Konsument*innen gehört verbessert. Zu unterschiedlich seien die Ansichten, wenn es um die Haltung von Tieren, die Nutzung von Pflanzenschutzmitteln oder den Beitrag der Landwirtschaft zum Klimawandel geht. Und die Lösung für dieses Problem lautet: Bäuerinnen und Bauern sollen „Kommunikatorinnen und Kommunikatoren ihres Berufsstandes" werden. Ich werde abwechselnd wütend und traurig, denn ich lese in der Presseunterlage, dass „geringe Produktpreise … ein Wachstum der Betriebe unumgänglich machen". Die verarbeitende Industrie will billige Rohstoffe, erfüllen sollen das die Bauern und Bäuerinnen. Müssen wir das wirklich? So viele Betriebe beweisen täglich, dass mit Phantasie auch andere Lösungen möglich wären!

Und dann gibt es „Teile der Gesellschaft und der medialen Diskussion, die noch weitaus höhere Anforderungen an die landwirtschaftliche Bewirtschaftung stellen." Geht's noch? Noch mehr Tierwohl? Noch weniger Pflanzenschutz? Eben. Geht anscheinend nicht, denn „diesen Graben in der gegenseitigen Wahrnehmung gilt es zu überbrücken." Der Landesrat sieht allerdings, dass das steigende Interesse der Bevölkerung auch eine Chance ist für eine notwendige Partnerschaft zwischen Konsument*innen von Lebensmitteln und Landwirtschaft. Und selbstverständlich ist es den Menschen zumutbar, ihnen vor Augen zu führen, wie die Lebensmittel erzeugt worden sind, die sie um wenig Geld einkaufen können.

Die Werte und die Realität

Und diese Wahrheit sollen halt auch Bäuerinnen und Bauern selbst in die Gesellschaft einbringen. „Gerade wenn es um Werte geht, ist nichts so effektiv wie die persönliche Begegnung", erklärt der Ethiker Christian Dürnberger. Beispiele für diese Begegnung liefert er gleich dazu: „Tage der offenen Stalltür, Gespräche mit Spaziergängern oder mit Kundinnen im Hofladen, die Initiative mit Schulklassen, die Teilnahme an Podiumsdiskussionen …" Aja, denk ich beim Lesen. Ich stelle mir gerade vor, wer von meinen Kolleg*innen mit mehreren hundert Mastschweinen oder Maststieren im Stall sich Zeit nehmen möchte für einen entspannten Tag der offenen Stalltür oder ein Gespräch mit Spaziergängern, die er auf einer Fahrt mit dem Güllefass am Feldrand trifft. Ich stelle mir vor, wie er den Traktor abbremst, dessen Räder so hoch sind wie die Menschen, die mit ihren Wanderstecken am Wegrand stehen. Er öffnet die Tür und plaudert ein bisschen vom Traktor runter. Und ich bin mir nicht sicher, ob die Leute so gern im Hofladen kaufen, wenn sie dann erfahren, dass die Schweindln den ganzen Tag kein Tageslicht sehen. Dass Schweine womöglich noch gern einen Platz zum Suhlen oder Wühlen hätten, ist aber kaum jemandem bewusst.

1 PK Hiegelsberger, 11. Februar 2021, Unterlagen abrufbar unter: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/LK/PKLRHiegelsberger110221_Internet.pdf

Kommunikation von oben? Foto: Tomas Hertogh, unsplash.com

Und ich kann diesen Kolleg*innen auch keinen Vorwurf machen. Sie arbeiten gewissenhaft und professionell in einem System, das genau diese Wirtschaftsweise von ihnen erwartet.

Auf jeden Fall sollten Bäuerinnen und Bauern nicht nur über „Zahlen, Daten und Fakten“ sprechen, sondern auch über ihre Werte und Vorstellungen. Immerhin gesteht Dürnberger ein, dass die Zukunft der Landwirtschaft ein gesamtgesellschaftliches Problem sei.

Für wen ist es wirtschaftlich, Landwirtschaft im Sinn von „weiter wie bisher“ zu betreiben, bei dem immer weniger Höfe mitkönnen? Im Bayerischen Rundfunk wurde kürzlich zum Thema „Preiskampf ruiniert Bauern – Was kosten gute Lebensmittel?“[2] diskutiert. Vehement verteidigt ein junger Bauer, warum er Milch im neugebauten Stall genauso produzieren muss, wie er das macht. Fasziniert höre und sehe ich, wie jemand, der sehr intelligent und bodenständig wirkt, verteidigt, warum er sich selbst ausbeuten lässt, damit das Rad der verarbeitenden Industrie weiter funktionieren kann. Entlarvend die Aussagen des bayerischen Bundesrates, der hinnimmt, dass der Wandel in der Landwirtschaft so sein muss wie er halt ist.

Eine Frage der Ausbildung?

Den Höhepunkt an Kommunikationsstrategie erreicht aber das Foto aus Lern-Unterlagen, die ich von einem angehenden Bauern bekomme, der gerade die landwirtschaftliche Fachschule besucht. Es ist eine Tabelle, in der einige Begriffe erläutert werden, „die in der Kommunikation überdacht werden sollen.“ In der Tabelle wird das jeweilige „Bild im Kopf“ dazu erklärt. An manche Begriffe haben wir uns mittlerweile gewöhnt. Etwa, dass der Abferkelkäfig oder die Abferkelbox seit der öffentlichen Diskussion darüber „Ferkelschutzkorb“ heißt. Bild im Kopf: Abferkelbox: „Muttersau befindet sich in einem engen Käfig und kann sich nicht bewegen.“ Wogegen „Ferkelschutzkorb“ folgendes Bild entstehen lässt: „Das Ferkel wird geschützt.“

„Unkraut spritzen“ heißt jetzt „aktiv Pflanzengesundheit erhalten“. „Konventionelle Landwirtschaft“ gibt es nicht mehr, das heißt „ökologisierte Landwirtschaft“ oder „kontrollierter Schweinemastbetrieb“, „kontrollierter Hühnermastbetrieb“ usw. Lachen müssen hab ich ehrlich, weil „Massentierhaltung“ in „Moderne Tierhaltung“ umgenannt werden soll. Also sind alle, die bei diesen Strukturen nicht mitmachen wollen oder können hoffnungslos altvaterisch und vorgestrig. Jetzt haben wir das schriftlich!

Diese ganze Kommunikationsstrategie verneint, dass es sehr wohl Bäuerinnen und Bauern gibt, die am gleichen Strang ziehen wie Konsument*innen, denen Tierwohl und Umweltschutz ein Anliegen sind. Genau diesen werden immer wieder Prügel in den Weg gelegt. Prognosen gehen aktuell davon aus, dass ein Drittel der biologisch wirtschaftenden Milchbetriebe auf konventionelle Wirtschaftsweise umsteigen könnten, weil die kommende Weide-Verordnung für sie nicht umsetzbar ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass alle davon auch wieder anfangen werden, mit „Spritze“ statt Hackstriegel über die Felder zu fahren. Sie würden oft jahrelange Auseinandersetzung mit dem biologischen Landbau, Lernen, Erfahrung, Rückschläge und Erfolge wegwerfen. Die meisten wirtschaften aus Überzeugung biologisch. Ist das etwa die Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft?

Es stimmt: Bäuerinnen und Bauern müssen mit Konsument*innen von Lebensmitteln ins Gespräch kommen. Die Wahrheit ist zumutbar.

Judith Moser-Hofstadler,
Biobäuerin im Mühlviertel

2 https://bit.ly/3q67OAi Verfügbar bis 17.2.2022

ES GEHT AUCH ANDERS!

Das Beispiel der Bürgergenossenschaft Obervinschgau (Südtirol).
VON ARMIN BERNHARD

Foto: Martina Waldner

Die Bürgergenossenschaft Obervinschgau ist in einem zivilgesellschaftlichen Prozess, durch eine soziale Bewegung zur zukünftigen Entwicklung der ländlichen Region des oberen Vinschgaus entstanden. Sie ist eng verbunden mit Veränderungen im Rahmen des Klimawandels, der Ausbreitung der industriellen Landwirtschaft und der Zukunft des ländlichen Raums.

Der obere Vinschgau ist ein peripheres Gebiet, dessen Kulturlandschaft von einer Landwirtschaft geprägt ist, die in erster Linie der (teils auch intensiven) Erzeugung von Grünfutter für die Milcherzeugung dient. Zusätzlich gibt es auch einen beträchtlichen Anteil an Flächen, auf denen vor allem Getreide, aber in letzter Zeit vermehrt auch Gemüse angebaut wird. Immer mehr Flächen werden biologisch bewirtschaftet. Durch die im oberen Vinschgau vorherrschende Praxis der Realteilung, bei der ein landwirtschaftlicher Betrieb nicht als Ganzes vererbt, sondern auf sämtliche Kinder aufgeteilt wird, sind die bewirtschafteten Flächen klein und deren Besitzer*innen verstreut und oftmals nicht in der Landwirtschaft tätig.

Verknüpfte Konflikte

Südtirol ist das größte zusammenhängende Apfelanbaugebiet Europas und auch der untere Vinschgau, von Meran bis Schlanders, ist geprägt von intensiver Obstwirtschaft: Eine zusammenhängende Monokultur aus kleinen Flächen intensiv bewirtschafteter Apfelanlagen. Der zunehmende Klimawandel ermöglicht es in den letzten Jahren, dass auch in höheren Lagen intensive Obstwirtschaft möglich wird. Dies führt seit mehr als zehn Jahren in zunehmendem Maße zu Konflikten in unterschiedlichen Bereichen: Einerseits unter Landwirt*innen und andererseits zwischen den Bewirtschafter*innen intensiver Obstanlagen und der Bevölkerung bzw. den Urlaubsgästen. Unter anderem sind dabei folgende Aspekte Gegenstand von zum Teil auch heftigen und für manche Betriebe auch existenziellen Kontroversen:

- Erhöhung der Grundstückspreise
- Bodenspekulation und Land Grabbing, was Druck auf den lokalen Grund und Boden ausübt
- Beeinträchtigung in der Bewirtschaftung der Nachbargrundstücke durch Abdrift und Verwehungen von Pestiziden
- Gesundheitliche Beeinträchtigung der Bevölkerung durch die Ausbringung chemisch synthetischer Pestizide
- Verlust der Artenvielfalt und Biodiversität durch die vorherrschende Monokultur mit der intensiven Bewirtschaftung durch Pestizide
- Verminderung der Attraktivität der Kulturlandschaft durch eine Monokultur mit Betonstangen und Hagelnetzen

Diese Konfliktfelder führten im Laufe der Jahre zur Gründung verschiedener Initiativgruppen, welche sich mit jeweils eigenen Schwerpunkten und mit unterschiedlichen Vorgangsweisen in die gesellschaftliche Diskussion eingebracht und diese angeregt haben. Mit dem 2014 stattgefundenen Referendum zum Verbot von chemisch synthetischen Pestiziden in der Gemeinde Mals erreichte die Auseinandersetzung einen Höhepunkt. Bei einer hohen Wahlbeteiligung sprachen sich drei von vier Malser Bürger*innen für ein Verbot aus. Nachdem der Gemeinderat den Willen der Bevölkerung in der Satzung verankerte, lief alles auf einen rechtli-

chen Streit zwischen einzelnen Landwirt*innen als Vertreter*innen der agro-industriellen Landwirtschaft und der Gemeinde Mals hinaus. Dies dauert bis heute an.

Ein neuer Weg

Die zivilgesellschaftlichen Initiativen gründeten daraufhin 2016 die Bürgergenossenschaft Obervinschgau, welche auf der wirtschaftlichen Ebene eine nachhaltige Entwicklung der Region auf allen Ebenen umsetzen soll. Bürgergenossenschaften, sogenannte „cooperative di comunità" sind eine innovative Form genossenschaftlicher Selbstorganisation, welche in den letzten rund 20 Jahren in Italien entstanden sind. Sie sind eine Reaktion auf die Abwanderungstendenz und den Rückzug der öffentlichen Hand aus dem ländlichen Raum. Den Personen, welche 2016 die Bürgergenossenschaft Obervinschgau gründeten, war es ein Anliegen, den oberen Vinschgau auf allen Ebenen in eine nachhaltige Region zu entwickeln. Ein ganzheitlicher Ansatz liegt den Tätigkeiten der Bürgergenossenschaft zugrunde und aus diesem Grund ist sie auch in verschiedenen Sektoren tätig. Aktuell sind folgende Tätigkeitsbereiche vorrangig:

- Bereich Handel: Die Bürgergenossenschaft vertreibt biologische Produkte von diversen kleinen landwirtschaftlichen Betrieben der Region. Dazu führt sie einen Marktstand, beliefert die Gastronomie und Geschäfte und organisiert regelmäßig (Bauern-)Märkte.
- Bereich Landwirtschaft: Die Bürgergenossenschaft führt die Bio-Dorfsennerei Prad am Stilfserjoch und stellt dort hochwertigen biologischen Ziegenkäse her.
- Bereich Kultur: Ein jährlich stattfindendes Festival für nachhaltige Regionalentwicklung im ländlichen Raum steht im Mittelpunkt der Kulturarbeit. Dazu gibt es über das Jahr verteilt diverse Veranstaltungen mit Musik, Kunst, Literatur, Vorträgen, Buchvorstellungen, Filmabenden u.a.m.
- Bereich Tourismus: Die Bürgergenossenschaft organisiert für Gäste und Interessierte Führungen durch den Obervinschgau und zu den Höfen, veranstaltet Verkostungen und erzählt von nachhaltiger Regionalentwicklung und den Initiativen der Region.
- Pilotprojekte: In unterschiedlichen Bereichen unterstützt die Bürgergenossenschaft Pilotprojekte wie die Begleitung junger Unternehmer*innen, das Biotal Matsch, eine ökologische Gartenrunde u.a.m.

Fazit

Die Bürgergenossenschaft setzt auf einer lokalen und regionalen Ebene an. Sie versucht, die Kräfte zu bündeln und mit den Betroffenen Lösungen zu entwickeln, welche in lokale Kreisläufe eingebettet sind. Die Tätigkeiten zielen nicht darauf ab, maximale Gewinne zu erzielen, sondern Wege zu finden, um alle Bewohner*innen zu beteiligen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, von und mit denen alle leben können.

Die Bürgergenossenschaft versucht in ihrem Handeln der Komplexität der gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht mit Vereinfachung zu begegnen oder sie aufzuspalten, sondern den Verhältnissen ihre Komplexität zu belassen und ihnen als Ganzheit zu begegnen. Eine Aufspaltung und Trennungslogik bewirkt, dass sich die Verantwortung für das Ganze verflüchtigt, da jede*r nur einen kleinen Teil sieht und die im derzeitigen System eingebundenen Ausbeutungs- und Externalisierungsprozesse nicht verantworten muss. Zusammenhänge werden dadurch verschleiert und nicht mehr nachvollziehbar. Eine Aufhebung der Trennungslogik heißt auch eine Aufhebung der Gegenüberstellung von Fachwissen und Laienwissen, von Theorie und Praxis. Es ist ein zentrales Anliegen der Bürgergenossenschaft, wirtschaftliches Handeln in soziale Prozesse einzubetten, die gegenseitige Angewiesenheit hervorzuheben und damit die Basis zu legen, dass negative soziale und ökologische Folgen minimiert werden.

Die Bürgergenossenschaft zeigt mit ihren Tätigkeiten auf, dass ein anderes ökonomisches Modell möglich ist. Im Gegensatz zu Konkurrenz, Effizienz und Konsum geht es der Bürgergenossenschaft um Kooperation, Nachhaltigkeit, Resilienz, Subsistenz und Suffizienz und um das gute Leben für alle. Sie bindet junge Menschen ein, gibt ihnen die Möglichkeit, sinnvolle Projekte umzusetzen und sich damit eine Lebensperspektive und ein Einkommen zu erarbeiten. Je mehr es gelingt, ein anderes Wirtschaften umzusetzen und auf den Boden zu bringen, desto mehr stärken wir die Kraft, die zeigt, dass eine andere Welt möglich ist.

Armin Bernhard ist Bildungswissenschaftler, Vorsitzender der Bürgergenossenschaft Obervinschgau, Lehrbeauftragter an der Freien Universität Bozen und der Hochschule München und lebt im oberen Vinschgau.

Weitere Infos: Bürgergenossenschaft Obervinschgau: https://da.bz.it/

WIE GUT BIST DU ABGESICHERT?

Warum sind meine Sozialversicherungsbeiträge so hoch, obwohl mein Einkommen so niedrig ist? Wäre das „Optieren" für mich eine gute Lösung? Wie kann ich mich für den Trennungsfall absichern? Was erwartet mich in der Pension? Wo bekomme ich gute Informationen?

VON EVA SEEBACHER UND MONIKA THUSWALD [1]

Rund um die soziale Absicherung von Kleinbauern und -bäuerinnen gibt es viele Fragen und Herausforderungen – ganz besonders für Frauen. Der ÖBV-Frauenarbeitskreis arbeitet daran, Probleme und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen sowie politische Forderungen zu entwickeln. Der Artikel bietet einen kleinen Einblick, was Bäuerinnen rund um ihre soziale Absicherung beschäftigt und was wir von Expert*innen und durch Recherchen dazu in Erfahrung bringen konnten.[2]

Zugang zu Informationen

Viele Bäuerinnen wünschen sich bessere Überblicksinformationen etwa zu Themen wie Kinderbetreuung, Pflichtversicherung, Pensionsarten, Pflegeversicherung oder Übergabeberatung – auch im Internet. Es stört viele, dass sie telefonisch bei der SVS (vormals SVB) wenige Informationen bekommen, ohne ihre SV-Nummer angeben zu müssen. Unsere Gesprächspartnerin von der Bezirksbauernkammer (BBK) weist darauf hin, dass viele Fragen nicht allgemein, sondern nur für den konkreten Fall zu beantworten sind. Die SVS lädt daher ganz besonders zu den Beratungstagen in den Bezirken (auf der Wirtschaftskammer oder BBK) ein, wo jede Person – nach Terminvereinbarung – einzeln und auf ihren konkreten Fall hin beraten werden kann. Generell sieht sich die BBK für die „Rundherum"-Beratung zuständig, die die Auswirkungen von Entscheidungen auf verschiedene betriebliche Aspekte umfasst. Bei speziellen Fragen zur Sozialversicherung verweist sie dann auf die SVS.

Geringes Einkommen, hohe SV-Beiträge

Die Beitragsgrundlage für die SV-Beiträge wird üblicherweise nach dem Pauschalsystem (über den Einheitswert bzw. den daraus abgeleiteten Versicherungswert) berechnet. Wenn die SV-Beiträge im Vergleich zum Einkommen (zu) hoch erscheinen, gibt es für Bäuer*innen die Möglichkeit, in die Beitragsgrundlagenoption zu wechseln („Optieren"). Dann werden die SV-Beiträge nach den tatsächlichen Einkünften laut Einkommenssteuerbescheid berechnet.[3]

Fallbeispiel 1:

Bei Bergbäuerin Christine Pichler-Brix sind die SV-Beiträge und weitere Ausgaben in den letzten 15 Jahren stark angestiegen, während ihre landwirtschaftlichen Einnahmen (v.a. aus Schlachtviehverkauf) gleichgeblieben sind. Der Hof hat einen Einheitswert

1 Wir sind Lernende auf dem Gebiet der bäuerlichen Sozialversicherung. Sollte uns eine falsche Angabe passiert sein, dann lasst es uns bitte wissen: upsichern-post@viacampesina.at

2 Der Artikel basiert auf Erfahrungsberichten und Diskussionen im ÖBV-Frauenarbeitskreis, Interviews mit Bäuerinnen im Rahmen eines LEADER-Projektes in der Region Traun4tler Alpenvorland (OÖ), Recherchen, Anfragen bei der Sozialversicherungsanstalt der Selbstständigen (SVS) sowie Gesprächen mit einer Expertin auf dem Gebiet der bäuerlichen Sozialversicherung: Mag.a Gabriele Hebesberger, Dienststellenleiterin der BBK Kirchdorf-Steyr (OÖ) und ehemalige Referentin für Sozialrecht der LK OÖ.

3 Die Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns erfolgt dann per Teilpauschalierung, Einnahmen-Ausgaben-Rechnung oder doppelter Buchführung. https://bit.ly/2NzoLp5

von 18.000 Euro (29 ha Wiesen, 9 ha Wald, davon viele Pachtflächen). Bei extensiver biologischer Bewirtschaftung mit Mutterkuhhaltung betragen die landwirtschaftlichen Einnahmen (inkl. Förderungen) ca. 35.000 Euro pro Jahr. Zusätzlich hat sie Einkünfte aus Vermietung. Die SV-Beiträge, die aus dem Einheitswert berechnet werden, betragen 2.500 Euro pro Quartal im Jahr 2021. Vor 14 Jahren waren es 1.700,82 Euro SV-Beiträge pro Quartal. Das Geld für die SV-Beiträge ist immer schwieriger aufzubringen.

Im Fall von Christine ist schwer abschätzbar, ob für sie das „Optieren" finanziell vorteilhafter wäre. Wenn sie weniger SV-Beiträge zahlt, würde auch ihre Pension sinken. Eine Ausgleichszulage hätte sie – solange sie verheiratet ist – aufgrund der Pension ihres Mannes nicht zu erwarten. Ein erhöhtes Einkommen aufgrund reduzierter SV-Beiträge, aufgrund eines Ausbaus der Direktvermarktung oder wegen eventuellen Holzverkaufs aufgrund eines Sturmschadens könnten dazu führen, dass Einkommenssteuer fällig wird. Anstatt der SV-Beiträge Einkommenssteuer zu zahlen, wäre für Christine nachteilig, weil letztere nicht zur Pension beiträgt.

Der Einstieg in die Beitragsgrundlagenoption will zudem gut überlegt sein, da mensch nicht mehr in das Pauschalsystem zurückkann, solange sich nichts Wesentliches an der Betriebsführung ändert. Im Jahr 2019 optierten österreichweit 4.564 pflichtversicherte selbstständige Personen in der Pensionsversicherung der SVB. Im Vergleich: 105.142 Betriebe ermittelten die Beiträge nach Pauschalsystem.

4 Grüner Bericht 2020: S 233, https://gruenerbericht.at/ s

5 Telefonische Auskunft der SVS am 5. Feb 2021. Siehe auch: https://bit.ly/2OH8Upg (unter „vorläufige Beitragsgrundlage").

Geringe SV-Beiträge, geringe Pension[4]

Die minimalen SV-Beiträge beim Optieren betragen im Jahr 2021 in etwa 213 Euro pro Monat pro alleinigem*r Betriebsführer*in oder pro Ehepaar (für Krankenversicherung, Pensionsversicherung und Unfallversicherung zusammen).[5]

Fallbeispiel 2:

Hildegard und Hans Kriechbaum am vielfältigen Bio-Hof mit Direktvermarktung optieren seit drei Jahren und sind zufrieden damit. Der Steuerberater hatte ihnen dazu geraten. Bei einem Einheitswert von 21.000 Euro zahlen sie im Jahr 2021 SV-Beiträge von ca. 920 Euro pro Quartal an SV-Beiträgen. Im pauschalen System würden sie ca. 2.750 Euro pro Quartal zahlen. Ihre Pensionsbeiträge sind jetzt sehr gering und sie haben geringe Pensionsauszahlungen zu erwarten. Das Geld, das ihnen jetzt übrigbleibt, investieren sie in den Betrieb. Wenn möglich legen sie ein wenig Geld für die Pension zur Seite. In ihrer Familie gibt es Personen, die die nötige Papierarbeit gerne und gut machen. Außerdem findet Hildegard es gut, dass durch die genaue Dokumentation der Einnahmen sichtbar wird, wieviel die Direktvermarktung zum Einkommen beiträgt. „Und deine Pension?" fragen wir. „Die Mindestpension muss so gestaltet sein, dass mensch davon leben kann", meint Hildegard.

Wenn ich ohnehin damit rechnen muss, dass die landwirtschaftliche Pension sehr gering sein wird und nur durch die Ausgleichszulage auf einen halbwegs annehmbaren Betrag aufgestockt wird, wozu soll ich dann höhere SV-Pensionsbeiträge einzahlen?

Mehr Infos zu Pensionssplitting!

Einen klaren Handlungsbedarf sehen wir beim Bekanntmachen der Möglichkeit des Pensionssplittings. Derzeit wissen sehr wenige Eltern darüber Bescheid und es wird wenig in Anspruch genommen. Pensionssplitting scheint uns vor allem für Bäuerinnen relevant, die den Hauptanteil der Kinderziehung leisten und deren Mann ein höheres Einkommen hat, als sie selbst, z.B. weil sie selber einen kleinen Hof führt, der Mann aber auswärts gut verdient. Der Partner kann entscheiden, dass er einen selbst gewählten Anteil (bis max. 50%) seiner Pensionskontogutschrift für die ersten sieben Lebensjahre des Kindes[6] seiner Partnerin überträgt[7]. Dieses Pensionssplitting kann bis max. zehn Jahre nach der Geburt des zuletzt geborenen gemeinsamen Kindes beantragt werden. Viele Frauen gehen davon aus, dass sie und ihr Ehepartner in der Pension ohnehin ihr Geld zusammenlegen, aber: Was ist im Trennungsfall? Wir fragen uns weiters: Warum kann Pensionssplitting nur bis zehn Jahre nach der Geburt beantragt werden? Warum kann Pensionssplitting nur mit Kindern beantragt werden, warum nicht auch, wenn sie ihm den Haushalt führt?

Und im Trennungsfall?

Mit dem Trennungsfall wollen sich viele Frauen (und Männer) nicht beschäftigen, solange in der Beziehung alles gut läuft. Verständlich. Aber: Sobald es in der Beziehung kriselt, wird es auch schwierig, finanzielle Fragen fair zu lösen. Und in vielen Fällen stehen die Frauen nach der Trennung schlechter da als die Männer: Weil im-

6 bei mehreren Kindern für max. 14 Kalenderjahre

7 Mehr Infos zu Pensionssplitting: https://bit.ly/3apsYVv

Foto Biohof Reisenberger

mer noch mehr Männer Höfe erben als Frauen und er daher öfter am Hof wohnen bleiben und seinen Beruf weiter ausüben kann, weil Frauen weniger Pensionszeiten erworben haben, etc. ÖBV-Bäuerin Sigrid[8] empfiehlt, in guten Zeiten individuelle Lösungen für den Trennungsfall auszuhandeln und diese vertraglich festzuhalten.

Fallbeispiel 3:

Biobäuerin Sigrid hat auf den Hof eingeheiratet und ist neben ihrer landwirtschaftlichen Arbeit immer wieder auch in ihrem ursprünglichen Beruf tätig. Sie hat jetzt – in guten Beziehungszeiten! – mit ihrem Mann einen Vertrag für den Trennungsfall ausgehandelt. Sie möchte nicht auf den Hof angeschrieben sein, hat aber für sich überlegt, was sie für sich als Absicherung braucht und möchte. Die Einigung: Im Trennungsfall würde sie zwei Parzellen von insgesamt ca. 1400 m² im Speckgürtel einer Großstadt bekommen. Eine davon könnte sie bei Bedarf verkaufen, um Geld für Wohnraum zu haben, auf einer könnte sie für die Selbstversorgung Gemüse anbauen. Für Sigrid war sehr wichtig, den Vertrag mit einem Rechtsanwalt auszuarbeiten, damit wirklich alle Eventualitäten bedacht sind.

Versicherung von freiwilligen Helfer*innen

Weiteren Handlungsbedarf sehen wir bei der (Unfall-)Versicherung von freiwilligen Helfer*innen am Hof. Der Kreis der Verwandten, der bei der SVS mitversichert werden kann, ist großzügig gefasst. Es scheint jedoch derzeit keine sinnvolle Form zu geben, wie Betriebsführer*innen freiwillige Helfer*innen von außerhalb der Familie sinnvoll (unfall)versichern können. Auch für außerfamiliäre Hofübernehmer*innen in der Probezeit wurden bislang noch keine Lösungen gefunden. Was ist, wenn doch einmal etwas passiert?

Absichern fürs Alter!

Viele Bäuerinnen haben nach wie vor sehr geringe Pensionen zu erwarten und sind dann im Alter von Ehepartnern oder anderen Personen finanziell abhängig.[9] Wir empfehlen grundsätzlich, sich frühzeitig für die eigene Pension zu interessieren! Es gilt, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich für den Erwerb von Versicherungszeiten und (besseren) Pensionsansprüchen bieten. Weiters ist es sehr wichtig, die soziale Absicherung von Kleinbäuer*innen politisch zu thematisieren! Daran arbeiten wir in der ÖBV. Mach mit!

Mehr Infos zum Thema Pensionen sowie zu anderen Themen aus diesem Artikel findest du in der Langversion dieses Artikels auf www.viacampesina.at/soziale-absicherung_2021/

Eva Seebacher ist Gemüsebäuerin und Regionalentwicklerin in OÖ

Monika Thuswald ist Bildungsreferentin in der ÖBV (karenziert seit Feb 2021)

Schreib uns auch Deine Erfahrungen zum Thema! Erlebst Du etwas ganz anders, als es im Artikel steht? Melde Dich, wenn Du bei der Arbeitsgruppe „sozial.up.gesichert" der ÖBV-mitmachen möchtest: upsichern-post@viacampesina.at, 0676 9499796

JETZT ÖBV-Petition zur doppelten Förderung der ersten 20 ha unterstützen!

Gerne verbreiten, unterschreiben, diskutieren!

Unterzeichnen unter www.viacampesina.at/doppelte-foerderung-der-ersten-20-ha oder per Unterschriftenliste, die wir gerne zusenden.

JETZT können sich auch Ortsbauernausschüsse mit einer Resolution für eine doppelte Förderung der ersten 20 ha stark machen. Anträge jetzt einzubringen macht Sinn! Nach einem Beschluss im Ortsbauerausschuss kann diese Vorlage (https://www.viacampesina.at/?ddownload=5216) unterschrieben werden und per Post (Schwarzspanierstr. 15/3/1, 1090 Wien) oder per Scan/Foto an office@viacampesina.at an die ÖBV gesendet werden. Telefon: 0650 68 888 69

Vielleicht seid Ihr auch schon mittendrin in Diskussionen, warum eine doppelte Förderung der ersten 20 ha durch eine gerechtere Umverteilung innerhalb der Direktzahlungen sinnvoll ist. Auf www.viacampesina.at sammeln wir Argumente und Informationen. Hier erscheinen laufend Neuigkeiten und Vorschläge!

JETZT ist die Zeit, um dafür einzutreten! Es geht um das nächste Jahrzehnt!

8 Name geändert, tatsächlicher Name den Autorinnen bekannt

9 Vgl. Julianna Fehlinger in der Bäuerlichen Zukunft 363-364, Nr. 3-4/2020

NEUORDNUNG DER GAP SOLL KLEINBETRIEBE STÄRKEN!

Einige Gedanken, warum Kleinbetriebe eine besondere Berücksichtigung in der neuen Förderkulisse brauchen und diese auch rechtfertigen.

VON HEINZ GSTIR

Kleine bäuerliche Betriebe haben naturbedingt höhere Stückzahlkosten als vergleichsweise Großbetriebe, vor allem bei den Investitionskosten sowie bei der maschinellen Ausstattung und auch bei den meisten Betriebsmitteln. Diese Benachteiligung hat sich in den letzten Jahren im Zuge der Technisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft noch massiv verstärkt. Auch haben Kleinbetriebe, besonders die in den entlegenen Talschaften im Berggebiet, oft einen erschwerten Marktzugang, zum Beispiel bei der Milchsammlung auf den entlegenen Bauernhöfen, oder bei der Direktvermarktung eine große Entfernung zu den Ballungsräumen.

Vorteile der Kleinbetriebe

Auf der anderen Seite haben Kleinbetriebe aber auch große Vorzüge, was die heutigen gesellschaftlichen Forderungen an die Landwirtschaft betrifft. So fördert eine kleinteilige Bewirtschaftung die Biodiversität und die Artenvielfalt und prägt das Landschaftsbild. Ich glaube, es ist jedem einsichtig, dass mehrere kleine Betriebe mehr an Biodiversität hervorbringen als ein Großer. Dasselbe gilt auch für die Artenvielfalt bei den Nutztieren und Pflanzen, sowie auch für den Insektenschutz. Das Landschaftsbild und unsere Kulturräume wurden in den letzten Jahrhunderten vor allem im Berggebiet und in den benachteiligten Gebieten von Kleinbauern und -bäuerinnen geprägt. So dass man heute durchaus auch von einem Kulturgut sprechen kann. Das kann man durchaus an den Erholungssuchenden und Gästen aus dem In- und Ausland ablesen, die immer mehr diese Talschaften besuchen wollen.

Im öffentlichen Interesse

Ein weiterer und wesentlicher Grund ist auch, dass man in den Berggebieten, die nicht so an den Tourismus angebunden sind, eine Bevölkerungsdichte aufrecht erhalten und der Landflucht entgegen wirken kann, damit die dörfliche Struktur und Wirtschaft aufrechterhalten werden kann. Wie wichtig das ist, kann man in den französischen und italienischen Alpen sehen, wo diese Entvölkerung schon eingesetzt hat und damit ganze Regionen ihre wirtschaftliche Basis verloren haben. Auch für eine möglichst hohe Ernährungssouveränität in den Regionen hat die bergbäuerliche Landwirtschaft einen enormen Stellenwert. Wenn wir also diese Benachteiligung, die das heutige Wirtschaftssystem unseren bergbäuerlichen Kleinbetrieben aufzwingt, abfedern und ihre Vorzüge erhalten wollen, werden wir nicht umhinkommen, diese Benachteiligungen im öffentlichen Interesse auszugleichen. Wenn wir bedenken, dass es beim EU-Beitritt Österreichs noch 83.000 Milchlieferant*innen gab und es heute nur noch 25.000 sind, kann man sehen, wie weit das schon fortgeschritten ist. Hier ist aus meiner Sicht eine Basisprämie für jeden landwirtschaftlichen Betrieb oder eine doppelte Förderung für die ersten 20 ha unabdingbar. Wenn wir die von Familien geführten Bergbauernbetriebe, wie in jeder Sonntagsrede gesagt wird, in der Zukunft erhalten wollen, muss auch in der GAP ein starkes Signal erfolgen.

Heinz Gstir, Niederndorferberg ,
Bergbauer und Obmann
der Genossenschaft Bioalpin

AUFGABE DER BEWIRTSCHAFTUNG: HOHES RISIKO IN BERGGEBIETEN

Wie wirken sich die Veränderungen der Landnutzung sozial und ökologisch aus? Welche Einflüsse hat die Agrarpolitik auf die Trends im Berggebiet?

VON THOMAS DAX, INGRID MACHOLD UND KARIN SCHROLL

Auf Grund der Bewirtschaftungserschwernisse und der peripheren Lage sind viele landwirtschaftliche Flächen im Berggebiet von der Aufgabe der Bewirtschaftung bedroht. Umfangreiche Maßnahmen der Agrarpolitik wurden seit vielen Jahrzehnten entwickelt, um die schwierige wirtschaftliche Situation der Bergbauernbetriebe zu mildern. Dies soll gleichzeitig auch die Bewirtschaftung von Agrarflächen sicherstellen, welche ohne entsprechende öffentliche Zahlungen oft gefährdet wären. Eine Studie, welche die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen (BAB) gemeinsam mit dem Österreichischen Institut für Raumplanung (ÖIR) vor kurzem für das Europäische Parlament erstellt hat, fasst die aktuellen Trends zusammen. Die Studie fordert die spezifische Berücksichtigung des Problems in der GAP und verweist auf die Brisanz der Thematik für periphere Regionen und die Berggebiete.

Veränderungen bedrohen die Kulturlandschaften in den Berggebieten

Der Wandel der Landbewirtschaftung stellt in entlegenen Regionen und Berggebieten eine große Herausforderung dar. Durch die erschwerten Produktionsbedingungen und die daraus resultierenden geringen landwirtschaftlichen Einkommen sind überdurchschnittlich viele Flächen – vor allem in Steillagen[1] – von der Bewirtschaftungsaufgabe bedroht. In die Erfassung des Risikos wurden biophysikalische und agrarstrukturelle Faktoren ebenso einbezogen, wie die Bevölkerungsentwicklung und die geographische Lage. Während in den Nicht-Berggebieten der EU für etwa 30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein mittleres, hohes oder sogar sehr hohes Risiko der Bewirtschaftungsaufgabe besteht, liegt dieser Wert in den Berggebieten bei 63%. Vergleicht man verschiedene Bergregionen in Europa, zeigt sich, dass dieses Maß der Gefährdung den höchsten Wert im Alpenraum mit 89% erreicht (Schuh et al. 2020). Damit ist Österreich zusammen mit Zypern, Estland, Finnland, Griechenland, Lettland und Rumänien am stärksten vom Trend zur Aufgabe betroffen.

Die Ausrichtung auf Produktivitätssteigerungen und Kostenreduktionen haben die angepassten Bewirtschaftungsweisen in Berggebieten weitgehend marginalisiert. Die damit verbundenen Konzentrationstendenzen haben die wirtschaftliche Substanz der Berglandwirtschaft nach und nach verringert und zu Abhängigkeiten von Ausgleichszahlungen geführt.

Kleinräumige Trends nicht übersehen

Diese Bedrohung klingt für viele plausibel, aber es ist schwer, dies mit Daten zu belegen bzw. auf Regionen herunterzubrechen. Die langfristige Analyse zeigt auch Schwankungen in der Nutzung bzw. in der Aufgabe von Flächen und Betrieben. Lange Zeit wurde eine verlangsamte Strukturanpassung in der Berglandwirtschaft beobachtet, nicht zuletzt auf Grund der Ausgleichszahlungen, die Bewirtschaftungsnachteile der Bergbauernbetriebe zumindest teilweise kompensieren. Diese Strategie war und ist in Österreich sehr stark ausgeprägt.

Die Problematik ist aber bei genauerer lokaler Kenntnis damit nicht „gelöst". Vielerorts handelt es sich um einen „schleichenden", sehr langfristigen Prozess, der häufig kleine Flächen erfasst und sukzessive voranschreitet. Eine gesamteuropäische Erfassung ist daher technisch sehr schwierig und trägt dazu bei, das Problem zu übersehen oder in seiner Brisanz zu unterschätzen. Dies ist insofern von massi-

1 vgl. MacDonald et al. 2000

ver Bedeutung, als dies nicht bloß ein Aspekt der landwirtschaftlichen Produktion ist, sondern dies hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Landschaft, die Attraktivität der Gebiete und die regionale Wirtschaft. Das ist oft ein Kennzeichen von Marginalisierungsprozessen von Regionen.

Erhöhte Anerkennung der Leistungen durch die Agrarpolitik erforderlich

Zahlreiche Fallstudien belegen, dass sich die Aufgabe der Landbewirtschaftung aus einem Zusammenspiel biophysikalischer, agrarstruktureller sowie regionaler, institutioneller und politischer Faktoren ergibt. Diese beeinflussen die Entscheidungen der Betriebsleiter*innen. Die Probleme bei der Bewirtschaftung und des Marktzuganges stellen aber die Hauptursachen für die Aufgabe von landwirtschaftlichen Flächen (bzw. Betrieben) dar. In der Berglandwirtschaft ist dies besonders stark ausgeprägt und problematisch, da mit ihrer Aufgabe eine Reihe von positiven Wirkungen der Bewirtschaftung dieser Gebiete verloren gehen. Dies betrifft den Verlust an Biodiversität von Lebensräumen, die Reduktion von landwirtschaftlichen Flächen mit hohem Naturwert oder von kulturell wertvollen Landschaften.

Die entsprechenden spezifischen Fördermaßnahmen für die Berglandwirtschaft werden verstärkt mit dem Argument begründet, im Berggebiet öffentliche Leistungen zu erbringen. Eine stärkere Ausrichtung auf diesen Gesichtspunkt stellte einen der Schwerpunkte in der Diskussion der aktuellen GAP-Reform dar. Über die Nationalen Strategiepläne liegt die Umsetzung dieser Aspekte nunmehr stark bei den einzelnen Ländern und Regionen.

Charakteristische Landbewirtschaftungssysteme in Berggebieten sichern

Auch wenn die GAP-Interventionen überwiegend so eingeschätzt werden, dass sie der Aufgabe landwirtschaftlicher Flächen entgegenwirken, ist doch eine differenzierte Betrachtung nötig. Es wird unterstellt, dass durch die erhöhte Förderung über die erste Säule der GAP die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und die landwirtschaftlichen Einkommen generell unterstützt werden. Durch das undifferenzierte System der finanziellen Unterstützung für große und kleine landwirtschaftliche Betriebe sowie fehlende umweltpolitische Ambitionen laufen aber Konzentrationsprozesse weiter. Damit entsteht auch Druck zu weiterer Aufgabe der Bewirtschaftung. Die bedeutendsten Maßnahmen der zweiten Säule sind zwar stärker auf räumliche Herausforderungen ausgerichtet und zielen darauf, den Bedürfnissen benachteiligter und abgelegener ländlicher Gebiete Rechnung zu tragen. Sie können aber die Nachteile der wirtschaftlichen Position der Berglandwirtschaft nur mildern. Um auf die Herausforderung der Aufgabe der Landbewirtschaftung in peripheren und in Berggebieten einzugehen, werden in den Empfehlungen der Studie folgende politische Instrumente festgehalten:

- Verbesserung der landwirtschaftlichen Bedingungen (Bildungs-/Ausbildungsprogramme, finanzielle Sicherheit, niedrigere Schwellen für die Unterstützung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe, gezielte Investitionsunterstützung und ein vereinfachter Zugang zu Land);
- Schwerpunktmäßige Unterstützung für Gebiete mit naturbedingten Benachteiligungen, um auf die Anforderung zur Bewältigung der Bewirtschaftung besser einzugehen;
- Regional angepasste forstwirtschaftliche Maßnahmen und Umweltschutzmaßnahmen;
- Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und Investitionen in ländliche Infrastruktur, unter Verwendung von Synergien zwischen den verschiedenen europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) sowie zwischen der Landnutzungspolitik und der regionalen Entwicklungspolitik.

Neben agrar- und regionalpolitischen Maßnahmen ist es zentral, die vorherrschende negative Perspektive auf die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen und das Leben in Berggebieten zu überwinden. Das Bild der Berglandwirtschaft ist demnach aus der Defensive zu holen und den negativen Zuschreibungen von „Rückständigkeit“, „Benachteiligung“ und „Aufgabe“ zu entreißen. Um mögliche alternative Bewirtschaftungsformen und positive Leitbilder zu unterstützen, sind Beispiele innovativer Aktivitäten, die die Wertschätzung der charakteristischen Landschaft und deren Bedingungen hervorheben, sehr wichtig.

Thomas Dax, Ingrid Machold und Karin Schroll, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen, Wien

Anmerkung: Die Quellenangaben zu diesem Text können auf Anfrage gerne zugesendet werden.

Literatur

MacDonald, D. et al. (2000) Agricultural abandonment in mountain areas of Europe: Environmental consequences and policy response, in: Journal of Environmental Management 59, p. 47-69.

Schuh, B et al. (2020) The challenge of land abandonment after 2020 and options for mitigating measures. Research for AGRI-Committee. European Parliament, Brussels, 98pp. https://bit.ly/39ElcFJ

FAIR UND SOZIAL VOR DER HAUSTÜR?

Welche Maßnahmen und Initiativen gibt es derzeit bei Fairness und partnerschaftlichen Handelsbeziehungen in Lebensmittel-Wertschöpfungsketten? Ein Überblick.[1]

VON SUSANNE KUMMER

Nicht nur Konsument*innen zeigen vermehrt Interesse an fairem Handel, auch in der Agrar- und Wirtschaftspolitik wird dieses Thema aufgegriffen. Während „fair trade“ in Bezug auf Produkte aus Ländern des Südens bereits ein gut etabliertes Konzept ist, ist fairer Handel bezogen auf inländische Produktion („domestic fair trade“) noch kaum verankert. Gleichzeitig sind Beziehungen zwischen Handelspartner*innen in Lebensmittel-Wertschöpfungsketten (WSK) oft gekennzeichnet durch Machtgefälle zwischen den Akteur*innen. Um damit verbundene Probleme zu anzugehen, gibt es u.a. folgende Möglichkeiten:

Politische Maßnahmen, z.B. auf EU-Ebene die Richtlinie 2019/633 über unlautere Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette („UTP-Richtlinie“), welche besonders schädliche Handelspraktiken im Lebensmittelhandel zukünftig verbietet und einen EU-weiten einheitlichen Mindestschutzstandard schafft. Eine zweite Maßnahme wird gerade in der GAP-Reform verhandelt: Die Einhaltung von Arbeitsrechten und -bedingungen als Grundvoraussetzung für den Erhalt von Agrarzahlungen in der GAP („soziale Konditionalität“).

Private Initiativen, Verhaltenskodices und Zertifizierungen, z.B. „bio&fair“-Labels, Verhaltenskodex von Bio Suisse.

Preise, Awards und Auszeichnungen im Bereich Nachhaltigkeit und Corporate Social Responsibility (CSR) als Anreiz.

Was bedeutet „Fairness“ in Handelsbeziehungen?

Fairness (oder Gerechtigkeit) in Bezug auf Organisationen bzw. Unternehmen lässt sich in Verteilungs-, Prozess- und Interaktionsgerechtigkeit, sowie in interne und externe Fairness unterteilen (s. Tabelle):

Verteilungsgerechtigkeit bezieht sich auf das Empfinden des schwächeren Partners, wie fair Nutzen und Belastungen zwischen stärkeren und schwächeren Partner*innen verteilt sind. Im Kontext von Handelsbeziehungen ist die angemessene Bezahlung im Verhältnis zum Geleisteten (Produktqualität, Engagement, Aufwand in der landwirtschaftlichen Erzeugung) zentral wichtig.

Prozessgerechtigkeit besagt, dass Gerechtigkeit nicht nur durch die Ergebnisse eines Prozesses bestimmt wird, sondern auch durch den Prozess selbst, z.B. durch klare Regeln, Transparenz, Erklärung von Entscheidungen oder die Möglichkeit der Einflussnahme auf Geschäftsprozesse.

Interaktionsgerechtigkeit unterteilt sich in zwischenmenschliche Gerechtigkeit (Respekt, Wertschätzung) und Informationsgerechtigkeit in den gemeinsamen Prozessen, also ob und in welcher Weise Betroffene Erklärungen über Prozesse erhalten.

Wie werden partnerschaftliche/faire Handelsbeziehungen in der Praxis umgesetzt?

- Zertifizierung (z.B. Naturland Fair und FairBio in Deutschland)
- Marken (z.B. „Bio vom Berg“ und „Fair Hof“ in Österreich)
- Verhaltenskodex-basierte Initiativen (z.B. Bio Suisse, Demeter Charta)
- Gelebte Praxis (z.B. Community Supported Agriculture/Solidarische Landwirtschaft, Food Coops)

Beispiele für etablierte Fairness-Standards

Fairness-Standards in Europa finden sich häufig in Kombination mit biologischer Produktion. Hier zwei „bio&fair“-Beispiele:

Bio Suisse, der Dachverband der Schweizer Bio-Produzent*innen hat einen Verhaltenskodex zum Handel mit den Produkten der eigenen Bio-Marke („Knospe“) erlassen. Der Verhaltenskodex ist für Knospe-Betriebe und Lizenznehmer*innen verbindlich, es gibt jedoch keine Zertifizierung. Die Leitlinien des Kodex betreffen folgende Bereiche: Zusammenarbeit und Vertragsaushandlungen (konstruktive Gesprächskultur, langfristige Handelsbeziehungen, Transparenz, Mengenplanung, Umgang mit Risiko), faire Preisbildung, Qualitätsorientierung, sowie gesellschaftliches und Umweltmanagement.

1 Dies ist die gekürzte Variante, die Literaturangaben und nähere Details finden sich unter: www.viacampesina.at/ueberblick-fair-sozial-haustuer

Fairness-Kriterien ausgewählter europäischer „bio & fair" Initiativen
(Kröger & Schäfer 2014, verändert)

Gerechtigkeit	Externe Fairness (Fairness gegenüber anderen Partner*innen entlang der WSK)	Interne Fairness (innerbetriebliche soziale Verantwortung)
Verteilungsgerechtigkeit	Faire Preise	Soziale (Mindest-)Standards für Beschäftigte
	Langfristige / Verlässliche Handelsbeziehungen	Mindestlöhne, Löhne entsprechend geltender Richtlinien
	Gemeinsame Absprachen (Mengen, Qualität)	Regelmäßige Weiterbildung
Prozessgerechtigkeit	Kommunikation und Kooperation entlang der WSK (direkter Handel, persönliche Kommunikation, Ombudsstellen, Risikomanagement)	Angemessene Einbindung der Beschäftigten
Interaktionsgerechtigkeit	Kommunikation von regionalem und/oder sozialem Engagement an Konsumierende und Öffentlichkeit	Leitfaden zur Umsetzung von Fairness-Standards in schriftlicher Form

Neben dem Verhaltenskodex wurden folgende begleitende Maßnahmen initiiert: WSK-übergreifende Branchengespräche (Mengenplanung, Preisempfehlungen), Ombudsstelle für faire Handelsbeziehungen, Begleitforschung zur Beurteilung der Zufriedenheit der Handelspartner*innen mit ihren Geschäftsbeziehungen.

Branchengespräche ermöglichen über die WSK hinweg den Austausch zwischen den Handelspartner*innen. Hier werden z.B. anhand der Anzahl von Umstellungsbetrieben und der Verarbeitungsmengen Marktprognosen für die Folgejahre getroffen, als Orientierung für Produzierende und Verarbeitende. Weitere wichtige Themen sind Qualitätsanforderungen und Preise. Bio Suisse erstellt jährlich eine Erntemengenerhebung, auf deren Grundlage die Produzent*innen-Vertretung mit zentralen Erstabnehmer*innen Preisempfehlungen aushandeln.

Anforderungen für Arbeitsbedingungen der Angestellten auf Knospe-Betrieben (interne Fairness, s. Tabelle) sind in den Bio Suisse Richtlinien für Betriebe innerhalb der Schweiz und für internationale Betriebe geregelt; u.a. muss es Verträge mit den Mitarbeiter*innen geben, und es muss über Selbstdeklaration bestätigt werden, dass Löhne geltenden Lohn-Richtlinien entsprechen.

Der deutsche Bio-Verband Naturland setzt bereits seit 15 Jahren Sozialrichtlinien in seinen Richtlinien und Kontrollen um. Damit ist Naturland europaweit ein Vorreiter in diesem Bereich. Darüber hinaus ermöglicht die Naturland Fair Zertifizierung eine kombinierte Zertifizierung von biologischer und fairer Erzeugung und stellt eine freiwillige Zusatzqualifizierung zur Naturland Zertifizierung dar. Die Naturland Fair Richtlinien betreffen folgende Bereiche:

- Unternehmensstrategie und Transparenz: schriftliche Leitlinie, Mitbestimmung im Unternehmen; Transparenz (Preisbildung, Herkunft der Rohstoffe, Betriebsabläufe)
- Verlässliche Handelsbeziehungen: partnerschaftliches Miteinander, gemeinsame Jahres- und Mengenplanung, Ernte-Vorfinanzierung für Erzeuger*innen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen
- Faire Erzeugerpreise: partnerschaftlich ausgehandelte Mindestpreise oder fixe Zuschläge; für Länder des Südens: Fair-Prämie
- Regionaler Rohstoffbezug
- Gemeinschaftliche Qualitätssicherung: gemeinsame Definition der Produktqualität, gemeinsam abgestimmtes Vorgehen bei Qualitäts- und Lieferproblemen
- Gesellschaftliches Engagement

Situation in Österreich

Am österreichischen Lebensmittelmarkt hat sich bisher kein übergeordneter domestic fair trade-Standard etabliert. Es gab und gibt einzelne Initiativen auf Marken- oder Verbandsebene, wie die Erzeugermarke „Bio vom Berg", die Handelsmarke „FairHof" oder „A faire Milch" (2020 beendet). Bemühungen der Bio-Verbände zur Etablierung von Fairness-Standards zeigen sich z.B. in den Demeter-Vertriebsgrundsätzen oder in Ansätzen in den Bio-Austria Richtlinien. Auch manche (vor allem Bio-)Eigenmarken des Lebensmitteleinzelhandels greifen Aspekte von fairen Handelsbeziehungen auf. Allerdings stellt die angemessene Miteinbeziehung von Landwirt*innen in die Definition und Umsetzung dieser Standards ein Handlungsfeld dar, das noch ausgebaut werden müsste. Das Thema fairer Handelsbeziehungen gewinnt jedenfalls in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und am Markt zunehmend an Bedeutung. Hier ist vor allem die Stärkung der Position der landwirtschaftlichen Partner*innen von zentraler Bedeutung.

Susanne Kummer hat am Institut für Ökolandbau (IfÖL, BOKU) geforscht und gelehrt. Seit 2017 arbeitet sie am FiBL in Wien im Bereich Nachhaltigkeitsbewertung und regionale Lebensmittelsysteme.

„GEMMA DELHI“

Die Proteste der Bäuer*innen in Indien.
VON MATTHÄUS REST

Solidaritätsaktion #ShineOnIndiaFarmers, Foto: La Via Campesina

Seit letztem November ist die indische Hauptstadt Delhi im Ausnahmezustand. Aus Protest gegen drei neue Gesetze sind zehntausende Bäuer*innen in die Stadt gekommen und halten neuralgische Punkte besetzt. Der Widerstand gegen eine radikale Liberalisierung der Landwirtschaft hat sich mittlerweile zur ernsthaften Gefahr für das rechtspopulistische Projekt von Narendra Modi ausgewachsen.

Am 26. Jänner war was los in Delhi. Nach dem Ende der Parade zum Tag der Republik fuhren mehr als 100.000 Traktoren durch die Stadt. Viele der aufgebrachten Bäuer*innen hielten sich nicht an die verhandelte Route in den Außenbezirken der Stadt und fuhren stattdessen ins Zentrum. Eine Gruppe brach durch die Absperrungen des Roten Forts in der Altstadt und hisste eine Fahne, die für die religiöse Minderheit der Sikhs heilig ist. Auf Twitter verglichen konservative Kommentator*innen die Geschehnisse mit dem Sturm auf das US-Kapitol Anfang Jänner. Die Bauerngewerkschaften distanzierten sich von den Randalierern und kritische Medien gaben zu bedenken, dass es eigentlich unmöglich ist, ohne Mithilfe der Regierung in die Festung hineinzukommen. Dann stellte sich heraus, dass der Anführer der Fahnenhisser ein Schauspieler mit direkten Verbindungen zu Premierminister Modi ist. Schon seit Wochen hatte die Regierung versucht, die Protestierenden als militante Separatist*innen darzustellen. Vieles spricht also für eine „false flag operation“ im wahrsten Sinn des Wortes.

Wendepunkt?

Stein des Anstoßes sind drei neue Gesetze, die die Zentralregierung im September 2020 ohne Begutachtung durch das Parlament gepeitscht hat und die vor allem die „Öffnung“ der landwirtschaftlichen Marktordnung für indische Großkonzerne zum Ziel haben. Der Premier bezeichnete die Gesetze wörtlich als Wendepunkt, der die vollständige Transformation der indischen Landwirtschaft ermöglichen und Millionen von Bäuer*innen befreien würde. Mittlerweile scheint es allerdings eher, als ob die Protestbewegung dagegen zum Wendepunkt im autoritären Projekt von Modis Indischer Volkspartei (BJP – Bharatiya Janata Party) werden könnte. Seit seinem Amtsantritt 2014 sah sich der Premier noch nie einer so geeinten Widerstandbewegung gegenüber.

Der Protest begann Ende September mit einer Blockade von Zugverbindungen in die Hauptstadt. Ende November riefen dann dutzende Bauernorganisationen einen Marsch auf Delhi aus. Unter dem Motto „Dilli Chalo“ (in etwa „Gemma [nach] Delhi“) machten sich Hundertausende auf den Weg. Die überforderte Stadtregierung versuchte kurzerhand Sportstadien zu Freilichtgefängnissen umzufunktionieren, was der Oberste Gerichtshof unterband. Die Zentralregierung dagegen griff auf altbekannte Methoden zurück: teilen, herrschen und denunzieren. Doch die Organisationen lassen sich dieses Mal nicht mit Einzelverhandlungen ködern und gegeneinander ausspielen. So hat sich Premier Modi bislang die Zähne ausgebissen. Nach zehn Verhandlungsrunden bot er Mitte Jänner einen 18-monatigen Aufschub der Implementierung der Gesetze an. Zuvor hatte schon der Oberste Gerichtshofs die Gesetze mit einer einstweiligen Verfügung außer Kraft gesetzt und eine Schiedskommission eingesetzt – vordergründig nicht aufgrund von verfassungsrechtlichen Bedenken, sondern um die Rechtmäßigkeit der friedlichen Proteste zu unterstreichen. Verfassungsexpert*innen sagen, dass das Gericht in seiner 70-jährigen Geschichte

noch nie so direkt in die Politik eingegriffen hat.

Rücknahme der Gesetze

Doch die Bäuer*innen wollen nicht nachgeben und bleiben dabei: nur eine vollständige Rücknahme der Gesetze und eine gesetzliche Garantie über Mindestabnahmepreise für ihre Produkte wird sie dazu bringen, ihre Zeltstädte abzubauen und nach Hause zu gehen. Die Schiedskommission des Höchtgerichts lehnen sie kategorisch ab, wie Kanwaljeet Singh von der Punjab Kisan Union in einer Videobotschaft[1] erklärt: Der Konflikt sei politisch und nicht rechtlich. Die Modi-Regierung habe den klaren politischen Willen formuliert, Großkonzernen direkten Zugriff auf den Nahrungsmittelmarkt zu ermöglichen. Die größte Angst der Protestierenden ist das Ende des „Minimum Support Price"-Systems, denn bisher werden die Mindestpreise für die 23 wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte jährlich von der Zentralregierung festgelegt. Eingeführt wurde dieses System in den 1960ern im Zuge der sogenannten Grünen Revolution, um die Produktion der neuen Hochleistungszüchtungen zu forcieren. Während es für viele Produkte und in großen Teilen des Subkontinents nicht wirklich angewendet wird, gibt es den Reis- und Weizenbäuer*innen im Punjab hohe Preissicherheit. Und von ihnen geht die Protestbewegung aus, die zum Marsch auf Delhi geführt hat.

Bäuerliche Solidarität statt Spaltung

Der Punjab ist die fruchtbare Ebene im Grenzgebiet zwischen Indien und Pakistan nordwestlich von Delhi. Auf der indischen Seite gehört die Mehrheit der Einheimischen zur religiösen Minderheit der Sikhs, unter der es eine teils militante Bewegung zur Loslösung von Indien gibt. Deshalb versuchte die Hindu-nationalistische Modi-Regierung die Bauernproteste auch sofort als Vorwand für eine antinationale Agitation darzustellen. Doch die Solidarisierung vieler bäuerlicher Organisationen aus dem ganzen Subkontinent über Religions-, Kasten- und Klassengrenzen hinweg hat diese Strategie vereitelt. Die Berichterstattung in den englischsprachigen Medien konzentrierte sich in den Wochen vor dem Traktorprotest auf die Disziplin, Entschlossenheit und Friedlichkeit der Proteste und bot der Regierungspropaganda wenig Raum.

Die Aktion mit der Fahne am Roten Fort änderte das schlagartig und binnen Stunden begann die Polizei mit Schlagstöcken die zwei größten Protestlager am Stadtrand zu räumen. Wasser und Strom wurden abgedreht. Viele Bäuer*innen machten sich aus Angst vor Ausschreitungen auf den Heimweg. Diese Angst kam nicht überraschend: Nordindien hat eine lange Geschichte von Pogromen gegen Minderheiten und die Anhänger*innen der Modi-Partei sind nicht zimperlich. Inmitten des Tumults begann Rakesh Tikait aus dem nahegelegenen Muzaffarnagar unter Tränen zu reden und drohte mit Selbstmord, sollte die Polizei das Lager räumen. Über soziale Medien verbreitete sich sein Hilferuf. Kurz darauf machten sich tausende Bäuer*innen aus seiner Heimatstadt auf den Weg und hauchten dem Protest neuen Atem ein.

So hat die Bewegung ein neues Zentrum in Uttar Pradesh gefunden, dem Bundesstaat östlich von Delhi. Tikait ist der Sohn eines legendären Bauernführers, der bereits in den 1980ern Massenproteste von Zuckerbauern anführte. Hinter ihm stehen die Jats, eine große Gruppe von Bäuer*innen, die in den letzten Jahren mehrheitlich die BJP von Premier Modi gewählt haben. Die Jats sind Hindus, doch mittlerweile haben sich auch viele Moslems dem Protest angeschlossen. Seit den Unruhen mit über 60 Toten und 50.000 Vertriebenen 2013 ist das das erste Mal, dass die beiden Gruppen an einem gemeinsamen Strang ziehen.

Trotz allem scheint die Regierung wild entschlossen nicht nachzugeben. In den letzten Tagen wurden Journalist*innen verhaftet und Ermittlungen gegen Twitter-Manager*innen eingeleitet, nachdem sich der Konzern weigerte, massenhaft Accounts zu sperren. Regierungstreue Gegendemonstrant*innen verbrannten Bilder der Klimaaktivistin Greta Thunberg und der Sängerin Rihanna, die beide auf Twitter Solidarität mit den Bäuer*innen bekundet hatten. Aber der Protest geht weiter. Längst ist er zu einer Bewegung geworden, die das autoritäre System von Narendra Modi direkt angreift.

Matthäus Rest ist Wissenschaftler und Bauer

1 Zu sehen auf Englisch hier: https://kafila.online/2021/01/15/a-lesson-in-political-theory-from-farmers-unions

„WER NUR AUSGETRETENE PFADE GEHT, FINDET KEINE NEUEN WEGE!“

FRANZ REST

Dieses auf seiner Parte stehende Motto lebte Hans Gahleitner, vulgo Ebner in Eckersberg, vom 14. Februar 1940 bis zum 23. Jänner 2021. Er besuchte die Landwirtschafsschule in Schlägl und war beim Abschluss 1964 einer der ersten Landwirtschaftsmeister. 1975 stieg er aus der Intensivwirtschaft aus (der Ebnerhof war Versuchshof der Chemie-Linz AG) und wirtschaftete als Biobauer. In den Achtzigern war Hans auch Obmann der ÖBV und (Mit-) Gründer etlicher Kooperationen und Verbände. In diese Zeit fällt der Beginn des Aufbaus einer Getreideaufbereitungskooperation und der Firma Biosaat am Standort Ebnerhof sowie der eigenen Saatzucht. Gahleitner bewahrte auch die größte Dinkelsammlung Mitteleuropas mit rund 330 Sorten auf, die ohne ihn wohl verloren gegangen wäre. Der Bioverband Erde und Saat ging aus dem von Hans 1987 gegründeten gleichnamigen Verein zur „Erhaltung und Züchtung eigener Getreidesorten“ hervor. Besonders nachhaltig war der Ebner Hans als Saatzüchter. Er hat Dinkel entwickelt, der auf extensiven Standorten, auf schlechten Böden und trotz strenger Winter gedeiht. Die von ihm durch Auslesezucht entwickelte Sorte „Ebners Rotkorn“ gilt inzwischen als die erfolgreichste Dinkelsorte Mitteleuropas. 2006 hat Hans den Ebnerhof in einer außerfamiliären Hofübergabe an eine junge Familie übergeben und war so wieder beispielgebend. Saatzüchter und Vortragender blieb er bis zuletzt. Hans wird als innovativer und unkonventioneller, in erster Linie aber als „enkeltauglicher“ Bauer in Erinnerung bleiben.

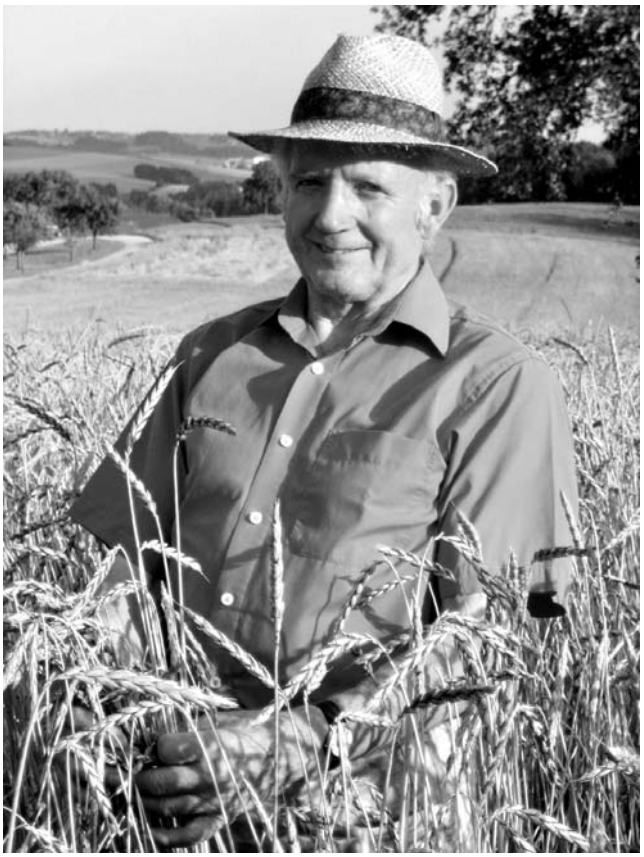


Foto: Hans der Saatzüchter, Ebnerhof

GUST STEYRL

Aufgewachsen ist Hans in einer Familie als einziger Sohn im Kreis von 8 Schwestern. Sein Vater ist sehr früh verstorben, sodass Hans im jugendlichen Alter in die Rolle des Hauptverantwortlichen für Haus und Hof hineinwuchs. Da schon sein Vater als sehr aufgeschlossener und zukunftsorientierter Bauer im ganzen Bezirk bekannt und geschätzt war, wurde Hans als ein anerkannter und würdiger Vertreter des sogenannten „Furchenadels“ im Bezirk Rohrbach gesehen – das im durchaus positiven Sinne. Sein aufgeweckter, ja manchmal auch unruhiger Geist, begleitete ihn bis ins hohe Alter. Nicht als „Hans Dampf in allen Gassen“, nein, sondern als Wegbegleiter und Vorangeher auf noch nicht ausgetretenen Feldwegen. Sein Einsatz und seine Arbeit in vielen Vereinen sind unter seinen Zeitgenoss*innen und Mitstreiter*innen hinlänglich bekannt und geschätzt. Hans war nicht verheiratet, hatte keine eigene Familie, ein sogenannter „zölibatär“ lebender Bauer. In diesem Zusammenhang muss festgehalten werden, dass die mangelnde Wertschätzung, die Bauern

in solchen Lebensumständen von einem großen Teil der bäuerlichen Bevölkerung, aber auch von Funktionären und Kammerbeamten entgegengebracht wurde, inakzeptabel und beschämend war. Es wäre Zeit für dieses Verhalten um Entschuldigung zu bitten. Zur Erläuterung dieses Themas sei ein Auszug aus dem Gedächtnisprotokoll eines Teilnehmers einer Besprechung auf der LWK f. OÖ angeführt: „Treffen von Maschinenringfunktionären mit der Kammerspitze, ein „Bäuerlein" aus dem oberen Mühlviertel wollte seine Wortmeldung mit dem Zusatz bekräftigen, dass der Gahleitner Hans auch dieser Meinung sei, worauf der Geschäftsführer der Maschinenringvereinigung OÖ aufgeregt vom Sessel aufsprang und einigermaßen lautstark von sich gab: „Der Gahleitner Hans soll endlich heiraten und dann kann er den Mund aufmachen." Der Gahleitner Hans hat nicht geheiratet und den Mund hat er auch nicht gehalten. Er verfolgte seine Projekte mit großer Hartnäckigkeit und Ausdauer. So organisierte er auch die Hofübergabe und die Weiterführung der Saatzucht an eine junge Familie. So wurde er auch noch auf seine alten Tage zum „Opa". Es war gut ersichtlich wie er daran Gefallen fand. Die Verabschiedung am 2. Februar zu Maria Lichtmess am Ebnerhof war eine sehr stimmige Feier. Die Vernetzung und Vielfalt seiner Beziehungen war an den Teilnehmer*innen ersichtlich. Nicht die Trauer über sein Ableben überwog, sondern die Dankbarkeit ein Stück des Weges mit ihm gegangen zu sein.

FRANZ ROHRMOSER

Hans Gahleitner war ab 1975 aktiv bei der Bergbauernvereinigung dabei und mehrere Jahre ein furchtloses Mitglied des Bundesausschusses, später auch Obmann. Ich erinnere mich an eine schöne Szene im Büro vom Bundeskanzler Kreisky mit dem wir in den 1970-Jahren jährlich mindestens einen Gesprächstermin hatten: Kreisky fragte einmal, das umfangreiche politische Wissen der Bauern bewundernd, „wo habt ihr euch denn dieses Wissen angeeignet"? Hans Gahleitner legte spontan seine von harter Bauernarbeit geprägten Hände auf den Tisch und sagte: In der Bergbauernvereinigung lernen wir das Herr Bundeskanzler. Diese Szene mit seinen Bauernhänden am Kanzlertisch war schön und typisch für Hans.

Hans Gahleiter spezialisierte sich relativ bald auf seine besondere Eignung: die Samenzucht, wo er es im In- und Ausland zu Erfolg und einem hohen Ansehen brachte. Er war ein Querdenker und oft nicht einfach in der Kooperation mit anderen in Projekten. Hans blieb immer ohne Beziehung zu Frauen, das versteht man erst besser, wenn man seine Mutter als sehr dominante Frau kannte. Wenn ich den Hans in Arnreit auf seinem Bauernhof besuchte, musste ich mit Schimpf rechnen: Tust den Hans wieder für eure Scheiß-Politik einspannen, sagte sie schnippisch. Als Hans dann so um die 40 Jahre alt war, vertraute er mir an, er wisse nicht mehr weiter, weil seine Mutter ihm den Hof nicht überschreiben wollte. Wir kamen überein, er müsse den Konflikt austragen und seine Mutter zur Rede stellen: Entweder du übergibt mir den Hof oder ich gehe. Das hatte Wirkung, die Mutter überschrieb.

AMBROS PREE

In der Bewegung der ÖBV ist es nie einfach gewesen – glücklicherweise auch heute nicht.

Hans hat uns am Beginn der 80iger Jahre mit seinen Ideen und ebenso mit seinem eigenen Geld eine Lösung für den Bergland-Aktionsfonds ermöglicht. Einen Ausweg zu finden war nicht leicht, doch im Vertrauen ist es möglich gewesen.

Nie ist der Kontakt verlorengegangen. Gerne erinnere ich mich an die Gründung von „Erde und Saat", sowie die Exkursionen nach Deutschland. Noch heute sehe ich die Bilder von biologisch-dynamischen Betrieben vor mir.

Natürlich war er ein Rebell und Dickschädel. Dennoch haben seine Ideen bei vielen Menschen ein Nachdenken ausgelöst. Immer wieder hat er mich zu Projekten geholt. Seine besondere Freude war die Saatzucht und was er damit zu Wege brachte ist großartig.

Noch im November hatten wir ein Telefongespräch über die Entwicklungen. Es sollte in dieser Form unser letztes sein. Er hat dieser Welt etwas gegeben was einzigartig war – DANKE für die Verbundenheit und das Engagement HANS.

NEUE HOFBÖRSE – NEUE MÖGLICHKEITEN

Die Plattform Perspektive Landwirtschaft wird grundlegend erneuert.
VON MARGIT FISCHER UND FLORIAN JUNGREITHMEIER

Foto: Hanna Demichiel

Aufgrund des regen Interesses und der hohen Nachfrage verabschieden wir uns von der „alten" Website und wagen einen Neuanfang. Dazu wurde Ende 2019 eine Kraut-Funding Kampagne ins Leben gerufen, mit der Intention, eine neue Website zu finanzieren. Dank der großartigen Unterstützung von vielen Menschen konnten wir dieses Vorhaben nun endlich in die Tat umsetzen! Nach vielen Arbeitsstunden und Hirnschmalz wird die neue Website nun bald das Licht der Welt erblicken.

Es wird viele Verbesserungen geben, so bekommen Betriebskooperationen und Hofgemeinschaften eine bessere Möglichkeit, ihre Steckbriefe zu gestalten und durch die neue Filteroption nach Bundesland und Kategorie auf der Hofbörse wird das Suchen und Gefunden-Werden erheblich erleichtert. Denn es gibt immer mehr Betriebe, die kooperieren, indem sie sich Infrastruktur oder Maschinen teilen, in der Vermarktung zusammenarbeiten oder sich die Betriebszweige aufteilen. So kann zum Beispiel der eine Betrieb die Kühe halten, der andere übernimmt die Milchverarbeitung und der dritte die Vermarktung.

Hofgemeinschaften und Betriebskooperationen

Ebenso suchen viele Menschen einen Weg, wieder gemeinsame Strukturen aufzubauen. Und das hat ja Tradition, die erweiterte Großfamilie war lange Zeit das Rückgrat der Betriebe. Viele Hände können viel erreichen – daher entscheiden sich viele Hofübernehmer*innen, die Hofgemeinschaft neu zu definieren und ihren Hof zu öffnen, um gemeinsam mit weiteren Menschen – diesmal auf Augenhöhe – zu wirtschaften. Gemeinsam mit der ÖBV arbeiten wir daran, das Info-Angebot für Interessierte, v.a. für Betriebskooperationen und Hofgemeinschaften, auszubauen. Hier gibt es noch viel Luft nach oben – wir sind sehr dankbar für jederlei Hinweise, Tipps, Anregungen und Erfahrungen zu dem Thema und freuen uns auf einen regen Austausch. Eine Plattform aus Finnland hat uns auf die Idee gebracht, in Zukunft auch eine „Weidebörse" anzubieten: Unter der Kategorie „Pacht/Miete/Nutzung" können nicht nur Landwirt*innen, sondern jegliche Grundbesitzer*innen freie Flächen zur Verfügung stellen. Es gibt nicht mehr viele Wanderhirt*innen, aber auch die benachbarten Ziegen, Schafe, Lamas oder Gänse suchen oft nach Weideflächen. Wo Menschen in verbuschten Gärten, Steilhängen oder Streuobstwiesen mit dem Mähen nicht mehr weiterkommen, hat das liebe Vieh seine Freude. Für die Nutzung können Pacht-, Miet- oder Nutzungsvereinbarungen abgeschlossen werden: wer übernimmt die Zäunung, die Wasserversorgung, den Transport? Es ist uns ein Anliegen, Tierhaltung auch im kleinen Stil zu fördern, um Diversität und Humusaufbau durch Beweidung zu fördern.

Perspektive Landwirtschaft in neuem Gewand

Der Verein Perspektive Landwirtschaft, der 2013 als „Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft" gegründet wurde, setzt sich für den Erhalt von Bauernhöfen

und eine vielfältige, zukunftsfähige und innovative Landwirtschaft ein. Auf der Plattform und bei Veranstaltungen von Perspektive Landwirtschaft haben Hofübergebende, Kooperationen und Hofsuchende die Möglichkeit, sich über das Thema außerfamiliäre Hofnachfolge und Einstieg in die Landwirtschaft zu informieren und sich auszutauschen. Auf der seit 2017 aktiven Hofbörse konnten viele Mitglieder ihren Steckbrief erstellen und miteinander Kontakt aufnehmen, sich kennenlernen und gemeinsame Vorhaben verwirklichen – die Hofbörse ist eine Weiterentwicklung der ehemaligen ÖBV Hofbörse! Neben der Hofbörse betreiben wir auch Bildungs- und sowie Öffentlichkeitsarbeit für fehlende Hofnachfolge und Zugang zu Land für Landwirt*innen. Durch Betreuung, Moderation und Wartung der Website ermöglichen wir eine regional verankerte Plattform von und für Menschen, die der Landwirtschaft eine Perspektive geben wollen. Der Aufwand dafür wird durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert. Seit 2020 gibt es für unser Bildungsangebot auch eine Förderung durch den Fonds Ländliche Entwicklung in Kooperation mit Lebensqualität Bauernhof.

Foto: ÖBV

Mitgliedschaft

Für die neue Website haben wir uns auch einen Marktplatz überlegt, auf dem Mitglieder Inserate veröffentlichen können, die sich um Dienstleistungen, Produkte, Gebrauchtwaren oder Ideen drehen und sich an Hofübernehmer*innen, Hofübergeber*innen, Kooperationen oder Hofgemeinschaften richten. Oft erreichen uns interessante Anfragen, für die wir bisher keinen geeigneten Platz hatten, von der Alters-Bauernhof-WG, über das Tiny House, den Pilzzucht-Container bis zum Bodengutachten – jetzt gibt es diesen Platz.

Alle Interessierten sollen bei Perspektive Landwirtschaft eine Mitgliedschaft in Anspruch nehmen können und deshalb werden die Mitgliedsbeiträge so gering wie möglich gestaltet. Um die Kosten für den Betrieb der Website, Mitgliederbetreuung, Veranstaltungen und die damit einhergehende Arbeitszeit teilweise zu decken, ist neben Förderungen die Unterstützung der Mitglieder und Spender*innen eine wichtige Finanzierungssäule. Die Mitgliedschaft beträgt ab Start der neuen Website 60 Euro regulär und 120 Euro fördernd und gilt für ein ganzes Jahr.

Zukünftig sollen ÖBV-Mitglieder auch eine ermäßigte Mitgliedschaft von 50 Euro bekommen – wir arbeiten gerade an der Zahlungsoption!

Perspektive Landwirtschaft freut sich immer über motivierte Menschen, die den Verein als ordentliches Mitglied aktiv unterstützen und sich für außerfamiliäre Hofnachfolge, Kooperationen und Neugründung in der Landwirtschaft aktiv einsetzen wollen. Denn es braucht mehr und nicht weniger Bäuerinnen und Bauern!

Margit Fischer ist bei Perspektive Landwirtschaft für die Projektleitung zuständig, Florian Jungreithmeier für Bildung und Beratung

Kontakt:

Tel: +43 (0) 660 113 32 11 und E-mail: info@perspektive-landwirtschaft.at

BÄUERLICHES VIELFALTSSAATGUT IN GEFAHR!

Jetzt für die Bäuerlichen Rechte auf Saatgut aktiv werden! In der EU-Saatgutrechtsreform werden sich dieses Jahr viele Konflikte zuspitzen.

VON DANIELA KOHLER UND FRANZISKUS FORSTER

Im letzten Jahrzehnt ist die Machtkonzentration bei Saatgutkonzernen weiter massiv gewachsen, die Industrie ist derzeit damit beschäftigt, ihre Fusionen mit der Agrochemie, dem Agrarhandel und im Digitalisierungsbereich „zu verdauen". Die Agrarindustrie erneuert sich. Zugleich: Die Folgen ihrer Aktivitäten ziehen sich rund um den ganzen Globus und betreffen nahezu jedes Saatkorn. – Wenn wir uns nicht organisieren.

Industrie-Offensive

Mit der neuen Gentechnik kommt eine neue Offensive auf uns zu[1], die Industrie selbst ist diesmal in der Öffentlichkeit vergleichsweise zurückhaltend, stattdessen führen Wissenschafter*innen und andere das Wort. Man will die Niederlagen, die durch Widerstand von unten eingefahren wurden, nicht noch einmal wiederholen. Die Eigentumsfrage wird weitgehend ausgeblendet. Und es geht um die Kontrolle und fette Gewinne in Händen weniger. Zusätzlich kommen neue Herausforderungen: In der Farm-to-Fork-Strategie der EU-Kommission werden etwa -50% Pestizide angestrebt. Biodiversität erhalten, mehr Bio (was heißt das für den Saatgutmarkt?), weniger Kunstdünger. Mit den Augen der Industrie wird nun gefragt: Wie lassen sich neue Geschäftsfelder erobern, wie können wir neu Kontrolle erringen? Zugleich ist die Landwirtschaft durch die mit der Klimakrise immer schwieriger werdenden Produktionsbedingungen und die Biodiversitätskrise vor neue Herausforderungen gestellt. Statt eine Abkehr von jenen einzuleiten, die für diese Krisen maßgeblich verantwortlich sind, könnte nun der Bock wieder zum Gärtner gemacht werden. (Bio-)Technologische Antworten und die Digitalisierung („Präzision" und „Optimierung") sollen die Probleme lösen. Und es liegt auf der Hand: Das in engagierter und vielfach unbezahlter Kleinarbeit erhaltene bäuerliche und gärtnerische Vielfaltssaatgut wird immer mehr zum „Schatz", zur potenziellen Ressource als Werkzeugkasten für die Industrie.

Unser Recht auf Saatgut

Die Gefahr besteht darin, dass bäuerliche Alternativen still und Schritt für Schritt verdrängt werden und dass die Industrie zugleich gerne die noch erhaltene Vielfalt übernimmt. Saatgut in seiner Vielfalt ist seit Jahrtausenden als Allgemeingut von Bäuerinnen und Bauern, Gärtnerinnen und Gärtnern gesammelt, erhalten und weiterentwickelt und -gegeben worden. Dieses Recht ist in Gefahr: Das Recht, Saatgut zu erzeugen, zu vermehren, in Umlauf zu bringen, zu verkaufen und zu tauschen. Kurzum: Ein Enteignungsprozess.

Die Regulierung des Saatguts wird heute an den Erfordernissen und Interessen der Industrie ausgerichtet, die Industrie wird massiv bevorzugt. Wir fordern, dass die regionalen/lokalen Sorten viel mehr gefördert und unterstützt werden. Wir fordern, dass nicht die Landwirtschaft an die einheitlichen Sorten der Agrarindustrie angepasst wird, sondern umgekehrt müssen Sorten, die an die regionalen und bäuerlichen Bedingungen angepasst sind, gefördert und unterstützt werden. Doch dafür gibt es derzeit keine Instrumente (nur Nischen – und selbst diese sind bedroht), stattdessen unzählige Barrieren und unerreichbare Auflagen. Das muss sich ändern!

Saatgut für die kleinbäuerliche und gärtnerische Anwendung unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von jenem für die agroindustrielle Produktion: es ist samenfest und kann mit den entsprechenden Kenntnissen in den Folgejahren wieder zum Nachbau verwendet werden. – Im Gegensatz zu Hybridsaatgut, das jedes Jahr neu zugekauft werden muss. Samenfestes Saatgut stärkt also die bäuerliche Unabhängigkeit von großen Saatgutkonzernen. Es ist robust und kann sich während vieler Generationen an die Anbaubedingungen und den Standort anpassen, während industrielles Saatgut an monokulturellen Bedingungen orientiert ist, Agrarchemie inklusive. Die Zertifizierung nach den DUS-Kriterien der UPOV[2] ist an den Industrieerfordernissen ausgerichtet. Die Vielfaltssorten sind in einem anderen System verankert und haben völlig unterschiedliche Erfordernisse.[3] Wenn man nun einbezieht, dass seit Jahrzehnten Milliarden öffentlicher Gelder zugunsten der Industrie investiert wer-

1 Sehr empfehlenswertes Interview mit Angelika Hilbeck (2020): „Diese Branche lebt davon, viel Schaum zu schlagen": www.spektrum.de/news/diese-branche-lebt-davon-viel-schaum-zu-schlagen/1752354

2 UPOV: : Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen. DUS (engl.) steht für Unterscheidbarkeit, Einheitlichkeit, Stabilität

3 Die Welt ist nicht Schwarz-Weiß. Aber die Erfordernisse etwa im Bio-Ackerbau und in der bäuerlichen Züchtung sind unseren Positionen näher als der Industrie. Aber genau um diese Frage geht es gerade, jetzt heißt es: Position beziehen!

Saatgutdemo, 18.4.2011, Brüssel, Foto: Saatgutkampagner

den (Forschung, Züchtung, etc.) und vergleicht, wie wenig angesichts dessen für die Allgemeinheit gelungen ist, dann erscheint das Verhältnis von „David" und „Goliath" in einem anderen Licht. Deshalb ist es allerhöchste Zeit für einen Systemwechsel. Saatgut ist die Grundlage der Lebensmittel. Im Sinne der Ernährungssouveränität braucht es die Zusammenarbeit und Mitverantwortung aller, um diese Vielfalt zu bewahren!

Menschenrechte: Es geht um Bäuerliche Rechte!

Die UN-Erklärung über die Rechte von Kleinbäuer*innen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten – kurz: UNDROP anerkennt unsere Rechte. Konkret wird im Artikel 19 der UNDROP[4] das „Recht auf Saatgut" bestimmt, das u. a. „in ausreichender Qualität und Menge und zu einem erschwinglichen Preis" zur Verfügung stehen muss. Außerdem: „Die Staaten stellen sicher, dass die Saatgutpolitik, die Gesetze zum Sortenschutz und andere Gesetze zum Schutz geistigen Eigentums, Zertifizierungssysteme und Gesetze im Bereich der Vermarktung von Saatgut die Rechte, Bedürfnisse und Realitäten von Kleinbauern und anderen in ländlichen Regionen arbeitenden Menschen achten und berücksichtigen."

Bäuerliche Rechte haben den Status von Menschenrechten und jeder Staat (ja, auch Österreich) ist aufgefordert, dies entsprechend zu verwirklichen. Doch das steht im Widerspruch zu den Interessen der Industrie. In der kommenden EU-Saatgutrechtsreform gilt es, die neuen Chancen, die uns die UNDROP eröffnet, zu nutzen. Diese Rechte können uns helfen, bäuerliches Vielfaltssaatgut endlich aus dem Nischendasein herauszuheben und einen gesetzlichen Rahmen einzufordern, der kleinbäuerliche, kleinräumige bzw. gärtnerische Bewirtschaftung und ein gemeinschaftlich gestaltetes Ernährungssystem fördert.

Die Arbeitsgruppe Saatgut der ÖBV lädt alle ein, die sich einbringen wollen! Du willst Dich informieren und/oder einklinken? Gerne! Schreib ein E-Mail an: saatgut@viacampesina.at

Daniela Kohler, Biobäuerin in Buch (Vbg) und im ÖBV-Vorstand

Franziskus Forster, Politischer Referent bei der ÖBV

4 UNDROP illustriert: https://www.viacampesina.at/baeuerliche-rechte-illustriert/

DANKE an Monika Thuswald und Sarah Nowak!

Zwei unserer Mitarbeiterinnen gehen dieses Frühjahr neue Wege und wir möchten uns ganz herzlich für die tolle Arbeit bedanken! Monika Thuswald, die seit 2011 die Bildungs- und Frauenarbeit begleitet, bereitet sich auf neue Abenteuer vor und wird nach ihrer Karenz hoffentlich wieder bei der ÖBV einsteigen.

Sarah Nowak, die uns in der Buchhaltung und Mitgliederbetreuung unterstützt hat, wird sich beruflich weiterentwickeln und in die Forschung einsteigen.

Durch die wertvolle Arbeit von Euch beiden konnte die ÖBV sehr schön gedeihen, Euer Beitrag lebt weiter. Ein großes Danke dafür! Wir wünschen Euch alles Gute auf Euren neuen Wegen!

Die ÖBV

Willkommen Kathi!

Ich freu mich sehr, Teil des ÖBV-Teams zu sein und Monika während der Zeit ihrer Karenz als Referentin für Bildungs- und Frauenarbeit zu vertreten. Eine große Aufgabe! Der Haltung und Arbeit der ÖBV bin ich schon seit Jahren verbunden und freu mich deshalb umso mehr, meine Erfahrungen aus Initiativen im agrar- und ernährungspolitischen Bereich und in der Bildungsarbeit einzubringen und gemeinsam mit so vielen Engagierten in der ÖBV ‚Bildung von unten' mit zu gestalten.

Ich bin selbst als interessierte Quereinsteigerin zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft und Mitarbeit auf verschiedenen Höfen gekommen und habe in Wien Agrarwissenschaften und Ökologische Landwirtschaft studiert. Besonders spannend war für mich die außerfamiliäre Hofnachfolge – ein Thema, zu dem ich neben meinem langjährigen Engagement beim Verein Perspektive Landwirtschaft auch an der BOKU geforscht habe. Mein Weg hat mich dann zur politischen Erwachsenenbildung geführt: Zusammenhänge zwischen bestehenden Strukturen, dem Zustand der Welt und konkreten Veränderungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Räume für Austausch und gemeinsames WirksamWerden dazu zu schaffen: Das ist mir ein Herzensanliegen.

In der ÖBV-Bildungsarbeit bin ich jetzt u.a. für die Begleitung des Frauenarbeitskreises und die Unterstützung der Regionalgruppen im Organisieren von Bildungsveranstaltungen etc. zuständig. Ich freue mich aufs gemeinsame Tun!

Katharina Hagenhofer

Willkommen Clara!

Seit 15. Februar arbeite ich im ÖBV-Büro und ich freue mich sehr auf diese neue, spannende und belebende Aufgabe. Ich habe Sozialmanagement studiert und war beruflich bisher vor allem im Behindertenbereich tätig.

Es war mir sehr wichtig, einen Arbeitsplatz zu finden, an dem in einem guten Miteinander für essentielle gesellschaftliche Veränderung gearbeitet wird und ich meinen Teil beitragen kann. Schon vom ersten Stöbern auf der Website an hatte ich den Eindruck, mit diesem Anspruch bei der ÖBV gut landen zu können: Abgesehen von ihrem Ursprung als Selbstermächtigungsvereinigung hat mich besonders ihre klare feministische Perspektive angesprochen. Ich halte den Einsatz der ÖBV für soziale und ökologische Gerechtigkeit für sehr wichtig und bin beeindruckt davon, wie viele wichtige Ziele verfolgt und welch vielfältige Inhalte hier zum Alltag gehören.

Ich übernehme die Aufgabenbereiche Datenbankverwaltung, Mitglieder- und Abo-Betreuung, Buchhaltung, sowie Post- und Zeitschriftenversand. Auch sonstige administrative Angelegenheiten fallen in meine Zuständigkeit.

Bei Anliegen oder Fragen, die meine Aufgabenbereiche betreffen, bin ich erreichbar unter: verwaltung@viacampesina.at.

Clara Mazal

kurz & bündig

REPORT: LAND-UNGLEICHHEIT GRÖSSER ALS BISHER BEKANNT (VON JULIA MOSER)

Das Projekt „Uneven Ground: land inequality at the heart of unequal societies" konnte mit einer neuen Methode zur Messung der globalen Landungleichheit nachweisen, dass diese um 41% höher ist, als bisher angenommen. Früher wurden Informationen wie der Wert von Land, Mehrfacheigentum und Landlosigkeit, sowie die Kontrolle, die eine Person oder ein Unternehmen darüber hat, nicht berücksichtigt. Die Daten zeigen – gemessen am Wert des Landes – dass nur 10% der Landbevölkerung 60% des landwirtschaftlichen Bodens besitzen, während 50% der Bevölkerung nur 3% innehaben. Die größten 1% der Betriebe kontrollieren mehr als 70% der landwirtschaftlichen Fläche und sind darüber hinaus bestens im globalen Nahrungsmittelsystem integriert. Weitgehend davon ausgeschlossen sind mehr als 80% der Kleinbetriebe mit weniger als zwei Hektar, die nur 12% bewirtschaften. Wer glaubt, dass das kein europäisches Problem ist, liegt falsch. Weniger als 3% der Betriebe kontrollieren mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Europa.

Eine direkte Bedrohung der Lebensgrundlage ist diese Ungleichheit für die ärmsten 1,4 Mrd. Menschen der Welt, welche für ihren Lebensunterhalt weitgehend von der Landwirtschaft abhängig sind, sowie für geschätzte 2,5 Mrd. Menschen, die in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft tätig sind. Der Bericht zeigt klar, dass es notwendig ist, diese ungleiche Verteilung zu bekämpfen. Passiert dies nicht, dann drohen negative Folgen für alle Gesellschaften, für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Umwelt, Demokratie und den Frieden. Es müssen neue Mechanismen entwickelt werden, um den gegenwärtigen Mustern der Landungleichheit und ihren Profiteur*innen entgegenzutreten.

Der Bericht ist hier zu finden: https://bit.ly/3b9mcUl

SAATGUTTAUSCH AM ENDE? EU-VERORDNUNG MISSACHTET KLEINBÄUERLICHE RECHTE (VON FLORIAN WALTER)

Zurzeit ist das Top-Thema der Saatgutinitiativen die geplante Neufassung der EU-Saatgutgesetzgebung. Jetzt schon greift aber die Pflanzenschutzverordnung unerwartet hart durch. Sie ist am 14.12.2019 in Kraft getreten und wird seit 14.12.2020 umgesetzt. Verboten ist jeglicher „Fernabsatz" von Saatgut bestimmter Kulturen wie Erbsen, Bohnen, Paradeiser, Paprika und andere ohne Gesundheitszertifikat, den Pflanzenpass. Ebenfalls betroffen sind Erdäpfel und Edelreiser.

Als Fernabsatz gilt alles, was nicht ab Hof vermarktet wird, also auch der Saatgutversand per Post. Die Registrierung als Pflanzenpassausstellberechtigte erfordert Schulungen und Kontrollen und ist mit Kosten von über 300 Euro im Jahr verbunden, so das Amt der steirischen Landesregierung, das bereits einen Obstsortentauschkreis zur Registrierung aufgefordert hat.

Wird die Verordnung konsequent umgesetzt, bedeutet das das Ende für Saatgutnetzwerke, besonders betroffen davon sind die Erhalter*innen und Nutzer*innen des Arche Noah Sortenhandbuchs. Arche mit Zukunft, ein Zusammenschluss engagierter Mitglieder des Vereins Arche Noah, schlägt Alarm und fordert Betroffene auf, Postkarten und illegalisiertes Saatgut ans Ministerium zu schicken. Näheres dazu auf www.archemitzukunft.net

Quellen und Informationen:
AGES: https://bit.ly/301XvCX
Saatgutnewsletter, Feb. 2021: https://bit.ly/3sGYOU4

UN-Erklärung über die Rechte von Kleinbäuer*innen: Artikel 19: „Kleinbauern (…) haben das Recht, (…) ihr landwirtschaftlich gewonnenes Saatgut oder Vermehrungsmaterial aufzubewahren, zu verwenden, auszutauschen und zu verkaufen." https://bit.ly/3qcnaTL

ÖBV-*Info I*/Veranstaltungen

COMMONING – GEMEINSCHAFFEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

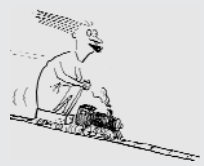
Workshop für in der Landwirtschaft aktive Frauen
Di, 16. März 2021, 13:00 – 17:00
Online, per Videokonferenz*

Viele Frauen in der Landwirtschaft stellen sich die Frage: Wie kann ich so wirtschaften am kleinen Hof, dass ich gut davon leben kann und gleichzeitig gut mit meiner Mitwelt umgehe? Ein Ansatz dafür sind vielfältige Wege der Zusammenarbeit auf Augenhöhe. In diesem Workshop wollen wir voneinander lernen und miteinander diskutieren, wie wir Kooperationen in der Landwirtschaft und drum herum neu gestalten oder weiterentwickeln können und wie uns die Muster des „Commoning" („Gemeinschaffens") dabei helfen können. Gemeinsam möchten wir kreative Denkräume öffnen, uns austauschen, uns gegenseitig stärken und gemeinsames Handeln möglich machen.
Referentin: Silke Helfrich, Sozialwissenschaftlerin, Autorin und Aktivistin zu Commons, Buch: „Die Welt der Commons – Muster gemeinsamen Handelns", Mitbegründerin des deutschsprachigen Commons-Instituts, https://commons-institut.org/

*Bei Fragen zur Technik unterstützen wir Sie gerne telefonisch.

Weitere Informationen und Anmeldung demnächst auf www.viacampesina.at/termine

Organisiert vom Frauenarbeitskreis der ÖBV.



ONLINE-STAMMTISCH MIT PERSPEKTIVE LANDWIRTSCHAFT

Den online Stammtisch wird es künftig jeden ersten Dienstag im Monat geben. Die nächsten Stammtisch Termine für 2021, jeweils 18 Uhr: 6. April, 4. Mai, 1. Juni – Sommerpause – 7. September, 5. Oktober, 9. November, 7. Dezember.

Beim neuen Format „online Stammtisch" haben die Teilnehmer*innen die Möglichkeit, sich rund um die Themen Hofnachfolge, Betriebskooperationen und Einstieg in die Landwirtschaft zu informieren, sich untereinander auszutauschen, Fragen zur Hofbörse zu stellen, sowie nützliche Tipps für eine erfolgreiche Hofübergabe, Hofsuche und Möglichkeiten für den Einstieg in die Landwirtschaft zu bekommen.
Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung per Email an:
info@perspektive-landwirtschaft.at.
Ein Link zur Veranstaltung wird nach Anmeldung zugesendet.
Weitere Infos:
www.perspektive-landwirtschaft.at
Veranstaltet von Perspektive Landwirtschaft

DIE REGIONALE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN – ABER WIE?

WIR UND JETZT! ebi Online-Symposium 2021 zur regionalen Landwirtschaft (Teil 2)

Sa, 20. März 2021, 9:30 – 12:00
Online, per Videokonferenz*
Eine Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region für die Region – kann das Ziel, unsere Region aus eigener Kraft zu ernähren, erreicht werden? Die Veranstaltung richtet sich an Produzent*innen, Konsument*innen und Interessierte an einer selbstbestimmten Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region Krems. Behandelt werden Fragen rund um Klein- und Kleinstbetriebe, Vermarktung und die Bürgeraktiengesellschaft „Regionalwert NÖ – Wien AG" als Zukunftsmodell.

Impulsgeber*innen: Sarah Schmolmüller, ‚Market Garden' Kirchberg/Wagram in Gründung, Studium Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement und Fred Schwendinger, Biobauer, EVI-Geschäftsführer und Vorstand Regionalwert NÖ – Wien AG

Teilnahmebeitrag: 10–25 Euro nach Selbsteinschätzung

*Für technische Fragen ist der Online-Raum bereits ab 09:00 geöffnet.

Weitere Infos und Anmeldung auf www.verein-ebi.at/zukunftssymposium
Veranstaltet von EBI-Eigenständige Bildungsinitiativen und Regionalwert AG in Kooperation mit ÖBV u.a.

FORUM HOFNACHFOLGE

Seminar: außerfamiliäre Hofübergabe
Mi, 28. Mai 2021, 14:00 bis 29. Mai 2021, 17:00
Spes Zukunftsakademie in Schlierbach (OÖ)
Knapp ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich hat keine gesicherte Hofnachfolge. Dennoch besteht häufig der Wunsch, dass das Lebenswerk weitergeführt oder gemeinsam bewirtschaftet wird. Auf der anderen Seite sind viele Menschen bereit, in die Landwirtschaft einzusteigen und die Verantwortung für einen Betrieb zu übernehmen. Die Hofübergabe stellt immer eine große Herausforderung dar, bietet aber auch neue Möglichkeiten und Chancen.
Das Seminar richtet sich an:
Landwirt*innen, die ihren Betrieb in den nächsten Jahren an eine nachfolgende Generation übergeben möchten und motivierte zukünftige Land-

wirt*innen, die konkret auf der Suche nach einem Betrieb sind, um Landwirtschaft zu betreiben. Ebenso Hofübergebende und Hofübernehmende, die sich bereits gefunden haben und den Prozess der außerfamiliären Hofübergabe beginnen und vertiefen wollen.

Programmpunkte:

- Gut übergeben, gut zusammen leben – die menschliche Seite der außerfamiliären Hofübergabe – mit Susanne Fischer, Lebensqualität Bauernhof
- Von der Probezeit zum Übergabsvertrag – juristische Aspekte zur außerfamiliären Hofübergabe – mit Mag^{a}. Gabriele Hebesberger, BBK Steyr Kirchdorf & Mag^{a}. Ina Maria Veits, Notarin
- Vom Gelingen und vom Scheitern: Erfahrungen von Hofübergebenden und Hofübernehmenden
- Gemeinsam statt einsam landwirtschaften mit Ludwig Rumetshofer und Katharina Forster
- Perspektivenwechsel, Hofbörse und Weltcafé mit Margit Fischer und Florian Jungreithmeier

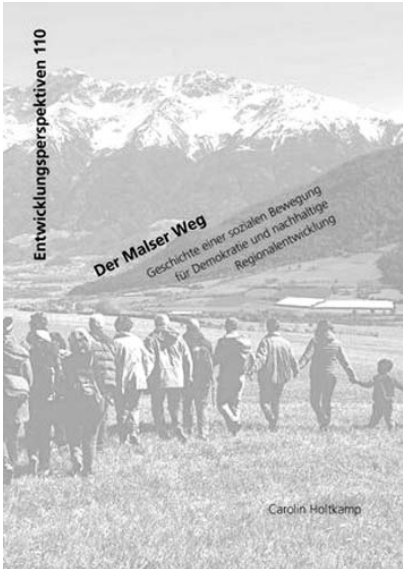
Kostenbeitrag: 90 Euro exkl. Nächtigung und Verpflegung, 80 Euro für Mitglieder von Perspektive Landwirtschaft und bei Frühbuchung bis 31.03.2021.

Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung per Email an: info@perspektive-landwirtschaft.at oder per Telefon: 0660-11 33211

Covid-19: Es werden die geltenden Vorsichtsmaßnahmen eingehalten!
Weitere Infos:
www.perspektive-landwirtschaft.at
Veranstaltet von Perspektive Landwirtschaft in Kooperation mit ÖBV, LFI, Lebensqualität Bauernhof u.a.

ÖBV-*Info II* Seite 32

Der Malser Weg



Carolin Holtkamp: Der Malser Weg. Geschichte einer sozialen Bewegung für Demokratie und nachhaltige Regionalentwicklung. Kassel University Press, 2020. 77 Seiten, 14 Euro. Download unter: www.der-malser-weg.com/buch-der-malser-weg/

Die „Geschichte einer sozialen Bewegung für Demokratie und nachhaltige Regionalentwicklung" in der Region rund um die Gemeinde Mals reicht nun schon einige Jahrzehnte zurück (siehe Artikel von Armin Bernhard in dieser Ausgabe). In der Südtiroler Gemeinde formierte sich eine Bewegung mit dem Ziel einer pestizidfreien Landnutzung und einer demokratischen und vielfältigen Regionalentwicklung im Obervinschgau. Mals wurde dadurch zum Vorbild vieler Gemeinden in Europa. Carolin Holtkamp beschreibt in ihrem Buch die Entwicklung einer Region hin zu einem nachhaltigeren Agrar- und Ernährungssystem. Bill Moyer beschreibt vier Phasen, die eine soziale Bewegung zu durchlaufen hat. Der Großteil scheitert dabei nach der zweiten Phase, sobald Gegengruppierungen entstehen und interne Konflikte aufflammen. Dass die Malser Bewegung bis heute allen politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Widrigkeiten standgehalten hat, ist das Besondere an ihr. „Der Malser Weg" zeigt auf, wie lange und steinig die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen und selbstbestimmten Agrar- und Ernährungsweise sein kann. Das Interesse an dieser Bewegung war allerdings weit über die regionalen Grenzen hinaus derartig groß, dass diese impulsgebend für weitere zukünftige Initiativen sein könnte. Holtkamp schafft eine ideale Grundlage, um weiterzudiskutieren, was sich aus dieser Bewegung lernen lässt.

Auch wenn die Bewegung seit den späten 90er Jahren als Vorbild genannt wird, so darf trotzdem nicht übersehen werden, dass die Mitglieder der Bewegung nach wie vor für ihre Rechte kämpfen. „Nicht müde werden", lautet daher die Devise. Sich weiterhin für politische Mitbestimmungsrechte, Regionalentwicklung und den Ausbau alternativer Ernährungsnetzwerke einzusetzen ist etwas, das uns alle angeht. Wir alle können zeigen, dass die Malser Bewegung noch für weit mehr als „nur" ein einzigartiges, auf eine Region begrenztes, Phänomen steht.

Cristina Steiner

ARBEIT ZWISCHEN KÜNSTLICHER UND UNTERIRDISCHER INTELLIGENZ

Hunderttausend neue Arbeitsplätze in der Landwirtschaft – das klingt vielversprechend für die Zukunft der Höfe und der Menschen. Zwischen der Arbeitslosenrate und der bäuerlichen Zukunft liegen die Wege und Weggabelungen.

VON MONIKA GRUBER

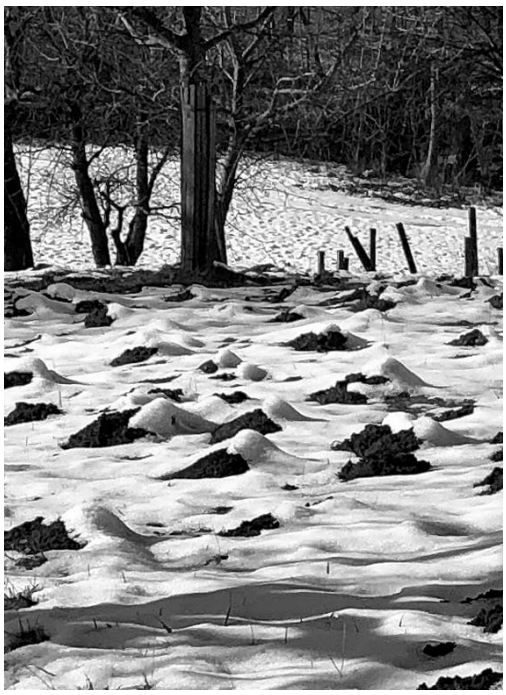


Foto: Eva Weingartner

Hügel um Hügel reihen sich aneinander. Maulwurfshügel. Ich sehe sie vom Zimmerfenster aus. Dort, wo ich morgens die Welt erblicke, wenn ich die Vorhänge beiseite schiebe und über die Berge und Täler schaue. Die Welt in ihrer Vielfalt, Schönheit, Struktur, Buntheit oder Eintönigkeit liegt vor mir. Am Fenster nehme ich die Welt wahr, wie sie klingt, aussieht, duftet oder stinkt. Die Welt, wie sie sich als Landschaft mit ihrer Lebendigkeit vor mir ausgebreitet erscheint wie ein Lebensteppich.

Ich sehe, wie die Bergspitzen von der aufgehenden Sonne angeleuchtet werden, ich sehe die Fahrzeuge sich talauswärts schlängeln in die Stadt. Ich bemerke, wie Wald geschlägert und Hackschnitzelholz bereit gelegt wird entlang des Forstwegs. Ich höre, wie unten im Dorf ein Dachstuhl aufgesetzt wird. Der Lärm der Motorsäge und das Hämmern klingen bis zu mir auf den Berg herauf. Ich nehme wahr, wie sich die Landschaft in gut drei Jahrzehnten durch die Bewirtschaftung veränderte: Hecken entfernt, Obstbäume herausgenommen, Feuchtstellen drainagiert, Stacheldrahtzäune abgebaut, Feldstücke vergrößert und beim Heuen größere Flächen auf einmal niedergemäht werden. Was vor zwanzig Jahren noch vier Feldstücke waren, wird seit dem Übergeben an die Jungen als ein Feldstück bewirtschaftet. Mehr Hektar auf einmal zu bewältigen, umweltfreundlicher und effizienter zu sein, das soll als Lockvogel fürs „Überleben" von Bauer und Bäuerin herhalten. Der Wachstumszwang zeigt sein Gesicht in der Landschaft.

„Landwirtschaft 4.0" nennt sich die jüngst inszenierte Wachstums-Modellierung für die Landbewirtschaftung. Der Begriff geht zurück auf den Begriff „Industrie 4.0". Dabei werden Maschinen miteinander vernetzt und das soll „somit die Kommunikationsmöglichkeit der Maschinen untereinander ermöglichen", lese ich auf der LWK NÖ-Homepage. „Moderne Farmmanagementsysteme fürs Daten sammeln und Daten speichern" spielen dabei eine zentrale Rolle als Weg in die Digitalisierung. Computer-Nerds, die in ihrer eigenen Lebenswelt kaum noch soziale Kontakte pflegen, basteln an digitalen Kontakten von Maschine zu Maschine in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion: Auf den Bildschirm starren, Zahlen und Daten sammeln, durch Leitungen jagen, Hochrechnungen anstellen, nach denen sich dann Wirklichkeit ableiten ließe. Künstliche Intelligenz (KI) und Digitalisierung als Wirtschaftsmotor. Die Nutzer*innen digitaler Technologien trimmt man für weitere Investitionen. Fürsprecher*innen behaupten gerne die Segnungen, die uns Bäuerinnen und Bauern durch das Anbeten der Digitalisierung zuteil werden würden. „Es ist die größte Revolution, es ist eine gewaltige agronomische Optimierung, es ist ein enormer Modernisierungsschub" so oder so ähnlich tönen Agrarpolitikerinnen und Agrarmedien vollmundig.

Ich blicke vom Fenster aus zu den Maulwürfshügeln auf meiner noch winterbraunen Wiese. Wie abgeschnitten reihen sich auf der linken Seite die schwarzen Erdhügel aneinander, während auf der rechten Wiesenseite kein einziger aus dem Boden ragt. Heimlich bewundere ich die Maulwürfe. Sie organisieren sich ihr Leben eigenständig und schaffen mit ihrer Arbeit gute Voraussetzungen für unsere Arbeitsplätze in der Landwirtschaft: wasserspeicherfähige Erde. Ohne Tablet, I-Pad und digitale Revolution.

Um zu erfahren, wie die ÖBV-Ideen für neue Arbeitsplätze in der Landwirtschaft entwickelt, empfehle ich Ihnen ein Abo der „Wege für eine bäuerliche Zukunft":

office@viacampesina.at
Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

Niederösterreich:
Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel: 02245-5153
maria.vogt@live.de

Franziska Schrolmberger
Verderberstraße 4, 2070 Retz
franziska.schrolmberger@viacampesina.at

Michaela Reisenbauer
Königsegg 17, 2851 Krumbach
Tel: 0676-971 22 08 (abends anrufen)
bioreisenbaeuerin@kraeuteregg.at

Oberösterreich:
Hans und Hildegard Kriechbaum
Nindorf 7, 4870 Pfaffing
Tel: 0664-658 77 31
johann.kriechbaum@viacampesina.at

Johann Schauer
Au 3, 4723 Natternbach
Tel: 0676-756 75 04
johann.schauer@viacampesina.at

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel: 07282-7172
bio-hofer@ronet.at

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach/Attersee
Tel: 0664-735 66 685
christine.pichler-brix@gmx.at

Ludwig Rumetshofer
Talstraße 47, 5280 Braunau/Inn
Tel: 0676-5359804
ludwig.rumetshofer@viacampesina.at

Michael Luftensteiner
Neudorf 26, 4363 Pabneukirchen
Tel: 0664-1416910

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel: 07235-71277 o. 0664-234 91 37
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Kärnten:
Paul Ertl
Obersdorf 2, 9800 Spittal/Drau
Tel: 0664-383 56 13
paul.ertl@gmx.at

Eva Schmid
Hart Nr. 7, 9141 Eberndorf
Tel: 0680-2358893
evavonhart@hotmail.com

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

Vorarlberg:
Daniela Kohler
Schwarzen 41, 6960 Buch
Tel: 0664-734 27 001
daniela-kohler@aon.at

Stefan Schartlmüller
mulorupop@gmail.com

Maria Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
maria_schneller@gmx.at

Steiermark:
Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

Isabella Bösch-Weiss
Nestelberg 19, 8083 St. Stefan/Rosental
Tel.Nr.: 0699-102 91 774
isabella.boesch-weiss@viacampesina.at

Salzburg:
Matthäus Rest
Bleiwangbauer, 5632 Dorfgastein
Tel: 0650-9127 171
matthaeus.rest@viacampesina.at

Rosalie Hötzer
Sauerfeld 40, 5580 Tamsweg
Tel: 06474-8164
trimmingerhof@aon.at

Tirol:
Christoph Astner
Zillfeldweg 9, 6362 Kelchsau
Tel: 0664-246 09 25
astner.zilln@hotmail.com

Leonhard Aigner
Panoramastraße 40, 6265 Hart im Zillertal
Tel: 0676-840 66 82 10

Burgenland:
Anneke Engel
0680-504 71 51
anneke.engel@viacampesina.at

Homepage: www.viacampesina.at

Werbt Abos ...

... und fördert kritischen Geist in der Landwirtschaft!

Unsere Zeitung „Wege für eine bäuerliche Zukunft" ist für uns als ÖBV wichtig, um unsere Themen unter Bauern und Bäuerinnen zu verbreiten. Hier diskutieren wir unsere Anliegen und informieren über aktuelle Entwicklungen in der Agrarpolitik. Deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Bauern und Bäuerinnen und kritische Konsument*innen unsere Zeitung lesen.

Wir bitten euch daher, die Zeitung in eurem Umfeld weiterzureichen und neue Mitglieder und Abonnent*innen zu werben.

Wir schicken euch gerne ein paar Exemplare zum Verteilen zu.

Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Mitgliedschaft

❏ Ich möchte ordentliches Mitglied* werden.
Beitrag 38 Euro + Einheitswert/1000

❏ Ich möchte ordentliches Mitglied* in Form einer erweiterten Hofmitgliedschaft werden. Beitrag 10 Euro/Person
Name des ordentlichen Mitglieds: .....

❏ Ich möchte unterstützendes Mitlied werden.
Beitragshöhe 38 Euro + freie Spende

** Ich bin Bäuerin/ Bauer oder leiste einen aktiven Beitrag zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft.*

Zur Info: Bei einer Mitgliedschaft sind das Abo der Zeitung „Wege für eine bäuerliche Zukunft" und der Email-Newsletter (jedes Monat) sowie Infos zu Veranstaltungen in Ihrer Region inkludiert. Infos zu Arten der Mitgliedschaft siehe: www.viacampesina.at/mitglied

Abonnement

❏ Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift „Wege für eine Bäuerliche Zukunft" (5 Ausgaben/Jahr) zum Preis von 28 Euro jährlich bzw. 32 Euro ins Ausland

❏ Ich möchte ein Geschenk-Abo für jemand anderen bestellen und bitte um Zusendung der Informationen dazu

Name:.....
Adresse:.....
Bauer/Bäuerin mit Betriebszweigen:.....
Andere Tätigkeiten/Berufe:.....
Telefon:..... Email:.....

Datum: ..... Unterschrift:.....

Datenschutzerklärung: Mit Ihrer Unterschrift stimmen Sie zu, dass Ihre Daten zum Zweck der Zusendung der Zeitung „Wege für eine Bäuerliche Zukunft" sowie weiteren Vereinsinformationen per Post und Email verwendet werden. Wenn Sie eine Emailadresse angegeben haben, erhalten Sie zudem Einladungen zu Veranstaltungen der ÖBV in Ihrem Bundesland, sowie den ÖBV-Newsletter. Die Daten werden zum Zweck der Aussendungen verarbeitet. Sie werden nicht an Dritte weitergegeben!

ÖBV-Vía Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien Tel.: 01 89 29 400
office@viacampesina.at

Nähere Infos finden Sie auf unserer Homepage **www.viacampesina.at!** Dort können Sie auch unseren Newsletter oder die Anmeldung als Mitglied bzw. für ein Abonnement selbst durchführen.

ÖBV-*Info II*/ Veranstaltungen

AGRARPOLITISCHES DEMOKRATIE-REPAIRCAFÉ

Mi, 17. März 2021, 18:00
Online, per Videokonferenz*

Das Demokratie-Repaircafé der IG Demokratie ist ein mittlerweile bewährtes Format. Es öffnet methodisch Räume für selbstbestimmte politische Bildung – diesmal zum Thema demokratische Agrarpolitik und Ernährungssouveränität. Alle weiteren Inhalte werden von den Teilnehmer*innen interaktiv mit kreativen, lösungsorientierten und zeitgemäßen Methoden generiert.
Moderation: Stefan Schartlmüller, Mit-Entwickler des Formats Demokratie-Repaircafé und Mitgründer der IG- Demokratie, Gemüsegärnter, aktiv in der ÖBV-Regionalgruppe Vorarlberg

*Bei Fragen zur Technik unterstützen wir Sie gerne telefonisch.

Weitere Informationen auf
www.viacampesina.at/termine

Neue Termine für verschobene Veranstaltungen:

ÖBV-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

So, 31. Okt 2021
Schloss Goldegg im Pongau (Sbg)
Alle ÖBV-Mitglieder und alle weiteren Interessierten sind herzlich eingeladen, sich den Termin freizuhalten und an der Versammlung teilzunehmen.
Nähere Infos demnächst auf
www.viacampesina.at/termine

Hokaido mit überraschendem Innenleben Foto: Eva Weingartner

„GEMEIN(G)SCHAFTLHUABERINNEN – Kooperationen in der Landwirtschaft"

ÖBV-Frauenseminar 2021
Fr, 19. bis So, 21. Nov 2021
Mutterhaus der Franziskanerinnen in Vöcklabruck (OÖ)
Nähere Infos demnächst auf www.viacampesina.at/termine
Für die ÖBV-Exkursion und andere in den nächsten Monaten geplante physische Veranstaltungen gibt es derzeit aufgrund der Corona-Pandemie noch keinen sicheren Termin.
Alle Informationen dazu werden laufend aktualisiert auf:
www.viacampesina.at/termine

ÖBV-*Info I* Seiten 28–29

Wege für eine
Bäuerliche Zukunft
Schwarzspanierstraße 15/3/1
A–1090 Wien
+43/1/89 29 400
P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1090 Wien
Bei Unzustellbarkeit zurück an:
ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Postzulassungsnummer MZ 02Z031272M